Alhambra

Zeitung & Programm Sommer 2016

Schwerpunkt AfD

die AfD bekämpfen, bevor es zu spät ist

der Vorstand der AfD-Ammerland

to do's für den Wahlkampf

alhambra
– grundsätzliches –

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzer_innen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreter_innen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das Nutzer_innen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
IBAN: DE24280501000000430397

zeitung
– unterstützer_innen –

ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Unterstützer_innen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
30.September 2016

Post an die Redaktion:
zeitung@alhambra.de

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1

Oldenburger Rundschau 2

freiräume
Glashüttensiedlung 4

schwerpunkt
Die AfD bekämpfen, bevor es zu spät ist 6
Der Vorstand der AfD-Ammerland 9
to do's für den Wahlkampf 12

psychiatriekritik
Irre, Krank und Wahn - eine (zu) kurze EInführung in die Psychiatriekritik 13

kommentar
Vom Sinn und Unsinn der „Gewaltdebatte" 19
Disconnect. Digitale Selbstverteidigung im Zeitalter von Smartphone, Facebook, Google und Co. 26

rezension
Projekt A - Von Widerstand und Selbstorganisation zur Biogurke 28

Ankündigungen 33

Liebe Leute,

im September droht bei der Kommunalwahl der Einzug von AfDler*innen in den Stadtrat. Das gilt es zu verhindern! Dieses Thema ist deshalb Schwerpunkt unserer aktuellen Ausgabe.

Für kreativen Widerstand braucht es Informationen über die Strukturen und Vorgänge innerhalb der Partei. Aus diesem Grund werfen wir mit einem Text der antifa.elf auf Seite 9 einen genaueren Blick auf den Vorstand des Kreisverbandes Oldenburg/Ammerland und machen Euch ein paar konkrete Vorschläge, wie ihr selbst aktiv werden und eurem Unmut Ausdruck verleihen könnt!

Der Kampf gegen einen Wahlerfolg der AfD darf uns allerdings nicht die Kritik an der politischen Praxis der etablierten Parteien vergessen lassen. Ob völkisch, neoliberal oder christlich-fundamentalistisch: Anschlussstellen für nationalistische Ideen sind da. Die sind und bleiben scheiße!

Welche Kompromisse sollen (können/dürfen/müssen) also zugunsten einer breiteren Front gegen den offenen Rassismus von AfD, Pegida & Co. eingegangen werden, und vor allem: mit wem? Kann eine radikale Linke in einem breiten, spektrenübergreifenden Bündnis radikal links sein? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigt sich Julia Meier in ihrem Artikel aus der ak 617, nachzulesen auf Seite 6.

Die (Un)Möglichkeit produktiver Koexistenz oder gar Bündnisarbeit mit anderen Gruppierungen ist innerhalb linker Strukturen immer wieder Thema. Bestimmte inhaltliche oder formelle Differenzen führen oft dazu, dass selbst Gruppen, die sich in zentralen Forderungen eigentlich nahe stehen, jede Kooperation miteinander ablehnen, bzw. Schwierigkeiten haben sich auf einen gemeinsamen Aktionskonsens zu einigen. Ein großer Streitpunkt ist die Frage der Gewalt(-freiheit), die Frage, inwiefern Gewalt bzw. Militanz eine legitime (oder gar notwendige) Art des politischen Protests darstellen kann – oder eben nicht. Auf Seite 19 findet ihr dazu einen Kommentar von Belaro, in dem es letztlich darum geht, wie „verschiedene Aktionsformen koexistieren können, sich voneinander trennen lassen und wie es weitergehen kann – sowohl in der diskursiven Auseinandersetzung um die Gewaltfrage in linken sozialen Bewegungen, als auch konkret in Aktionen“. Ein sehr lesenswerter Beitrag, für den wir uns an dieser Stelle nochmal bedanken möchten!

Auch in dieser Ausgabe veröffentlichen wir einen Beitrag in der Rubrik „Psychiatriekritik“. In seinem Vortrag im Alhambra am 25. Mai beschäftigte sich Alexander Steinweg unter anderem mit der gesellschaftlichen Konstitution von psychischen Krankheiten und dem Umgang mit solchen, auch in linken Zusammenhängen.

Ein weiterer Kommentar beschäftigt sich mit dem persönlichen Datenschutz, auch ein wichtiges Thema in linken Zusammenhängen (S. 26).

Es gibt erfreuliche Nachrichten: Im Mai ist die Oldenburger Rundschau als Onlinezeitung (oldenburger-rundschau.de) gestartet! Fast täglich sind seitdem spannende und aktuelle Artikel mit mehr oder weniger starkem Lokalbezug erschienen (Kostprobe auf Seite 2). Wir sagen also “good bye regentied – hallo oldenburger rundschau!” und freuen uns auf weitere interessante Inhalte nach der Sommerpause.

Wer den Sommer über nicht in Oldenburg verharren will und noch Zeit für Urlaubspläne hat, dem geben wir auf Seite 30 eine Übersicht über spannende Camps, Baustellen und Feste die so anstehen.

Wir freuen uns auf eure Beiträge bis zum 30. September.

Genießt die Sonne!

Wir, ein Zusammenhang von Menschen aus Oldenburg haben eine neue Online-Zeitung für Oldenburg ins Leben gerufen, denn die NWZ macht uns nicht glücklich, die Oldenburger Onlinezeitung haut uns auch nicht vom Hocker und dem Oldenburger Lokalteil haben wir nachgetrauert, aber wir wollen doch etwas anderes.

Wir wollen eine Plattform schaffen, die ihren Fokus auf Oldenburg legt, aber die Welt um uns herum nicht vergisst. Wir wollen über Kommunalpolitik berichten, sie kritisch begleiten und eigene Akzente setzen, wir wollen Plattform sein für Ideen, für Diskussionen, darum, wie wir in dieser Stadt – und überall sonst – dem guten Leben für alle näher kommen können. Wir wollen Oldenburg aus nie gekannten Perspektiven sehen und uns in den Bildern verlieren. Wir wollen die ersten sein, die wissen wann und wo Demos und Veranstaltungen stattfinden. Wir wollen die Nazis mit oder ohne Nadelstreifen erkennen und bloßstellen. Wir wollen uns ganz neue Perspektiven und Themen erschließen und neue Bündnisse knüpfen. Wir wollen Rassist_innen entlarven und ihnen Paroli bieten. Wir wollen über die letzte Theaterpremiere lesen, wir wollen uns schon auf den Gang zum Buchladen freuen nachdem wir die neuste Rezension gelesen haben und wir wollen uns verstohlen eine Träne aus dem Auge wischen, wenn der VfB mal wieder verloren hat. Wir wollen die ganze Bäckerei und wissen doch, dass auch das größte Fressen mit einem Stück vom Kuchen anfängt.

Dieses erste Stück haben wir – und ihr – nun in der Hand. Wir wollen mit euch diskutieren, eure Anregungen und Themen aufnehmen, eure Texte, Fotos, etc. veröffentlichen und mit euch diese Online-Zeitung gestalten.

Wir freuen uns auf euch!
Eure Oldenburger Rundschau

vom 1.Mai 2016
www.oldenburger-rundschau.de

Oldenburger Rundschau

Es läuft bei der Oldenburger Rundschau! Doch gut zwei Monate nach dem Launch legen wir jetzt bis Ende Juli eine kurze Sommerpause ein, um im August mit vollem Elan weiterzumachen. Wir – die Handvoll Menschen, die diese Seite pflegen, Texte hochladen und sich sehr daran erfreuen – möchten bei dieser Gelegenheit allen Leser*innen danken.

Wir starteten unser Vorhaben schon mit der Überzeugung, dass es in Oldenburg an einer »linken« Newssite fehlte und sich schon eine kleine Leser*innschaft finden würde. Nun wurden wir aber dennoch überrascht von den vielen Seitenaufrufen und dem positiven Feedback, dass wir bekommen.

Von Beginn an waren wir uns unserer knappen zeitlichen Ressourcen, die wir in das Projekt stecken können, bewusst. Auch deshalb steht bei der Oldenburger Rundschau die Mitarbeit von unseren Leser*innen im Mittelpunkt.

Wir wollen, dass Jede, die gerne schreibt, Jede, die vielleicht einfach mal probieren möchte, ob ihr Schreiben Spaß macht, einladen, es einfach einmal auszuprobieren.

Engagierst Du Dich z.B. in einer Gruppe oder für ein Thema, deren bzw. dessen Inhalte Du verbreiten möchtest? Hast Du Erfahrungen gemacht, spezielle Interessen oder Sichtweisen, die Du teilen kannst? Nimmst Du an Veranstaltungen oder anderen Aktivitäten teil und möchtest diese Erlebnisse anderen zugänglich machen? Bist Du gerade von irgendeiner Sache fasziniert und möchtest Deine Begeisterung oder Deine Empörung anderen erläutern?

Wir freuen uns, wenn Du Dich jetzt angesprochen fühlst! Alle Texte, alle Themen sind willkommen![1] Aus der Erfahrung der letzten beiden Monate können wir versprechen: jeder Text, und sei er noch so vermeintlich holprig geschrieben, abseitig oder spleenig, findet bei uns interessierte und dankbare Leser*innen. Und genau das soll die Oldenburger Rundschau ausmachen: sie soll von uns allen, für uns alle sein!

Wenn Du Dir vielleicht unsicher bist, melde Dich doch einfach mal bei uns. Vielleicht können wir einige Deiner Zweifel ausräumen oder andere diesbezügliche Fragen beantworten. An dieser Stelle sei auch nochmal an die Kontakt-Seite erinnert, wo einige Hinweise zur Abfassung von Texten für die Oldenburger Rundschau zu finden sind. In jedem Fall freuen wir uns über weitere Mitwirkende an diesem neuen online-Projekt.

Es sei auch ein herzliches »Dankeschön« an die bisherigen Schreibenden, an alle, die die Seite mit Hinweisen und Kommentaren bereichert haben, gesendet. Wir lesen (und hören) uns wieder im August!

Erstmal, Eure Rundschau-Crew

vom 9.Juli 2016
www.oldenburger-rundschau.de

1 okay, wir machen Ausnahmen: vollkommen verblendete Idiot*innen sind definitiv nicht eingeladen, ihren Mist hier zu verbreiten

Wenn du einen Beitrag für die »Oldenburger Rundschau« einreichen willst,

schreib uns doch einfach an die oben genannte E-Mail-Adresse (Anm. d. R. redaktion@oldenburger-rundschau.de). Um dir und uns die Arbeit zu erleichtern haben wir ein paar Punkte aufgeschrieben, die sich als praktisch erwiesen haben.

Wenn du einen Beitrag (Text, Bild, Video, Audio, ...) bei uns einreichst stimmst du zu, den Beitrag unter der *Creative Commons Lizenz BY-SA 4.0* zu veröffentlichen.

Wichtig ist, dass du uns mitteilst unter welchem Namen der Beitrag veröffentlicht werden soll (Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe an, den Namen zu prüfen). Außerdem brauchen wir für den Kontakt eine E-Mail-Adresse, die du regelmäßig abrufst. Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht.

Wenn es Gründe gibt, dass dein Beitrag an einen bestimmten Datum bzw. nicht vor einem bestimmten Datum erscheinen soll, schreib das deutlich an den Anfang deiner E-Mail (bei Text-Beiträgen unbedingt auch an den Anfang der Datei) und nenne das Datum. Das macht uns das Arbeiten einfacher und erspart unnötigen Stress.

Schick uns möglichst auch ein Bild (oder einen link dazu), dass wir verwenden können um den Beitrag zu präsentieren. Schreib dazu wer das Bild gemacht hat und unter welcher Lizenz das Bild steht (sonst können wir es nicht verwenden). Wenn du das Bild selbst gemacht hast, gehen wir davon aus, dass du auch das Bild unter der CC BY-SA 4.0 Lizenz veröffentlichst. Wenn du uns kein Bild schickst versuchen wir selbst eins zu finden, das macht uns aber mehr Arbeit und verzögert die Veröffentlichung damit.

Wenn die Dateien, die du einreichst insgesamt größer sind als 5MB, frag uns bitte, bevor du sie uns schickst. Wir können so große E-Mails nicht annehmen und stellen dir eine andere Möglichkeit zur Verfügung sie uns zukommen zu lassen.

Aus rechtlichen Gründen musst du uns in deiner E-Mail betätigen, dass du dieses Dokument gelesen hast und damit einverstanden bist. Füge bitte diesen (oder einen inhaltlich gleichen) Satz am Anfang deiner E-Mail ein: »Ich bestätige, dass ich die Urheberrechte an dem eingereichten Beitrag besitze. Ich habe das Dokument https://www.oldenburger-rundschau.de/kontakt/ gelesen und stimme den darin genannten Bedingungen zu, insbesondere der Veröffentlichung unter der Lizenz CC BY-SA 4.0.« [...]

dieser Text und noch ein paar weitere Infos auf der Webseite https://www.oldenburger-rundschau.de/kontakt/

Autonome 1. Mai Demonstration

Bei schönstem Sonnenschein starteten gut 450 Demonstrant_innen in der Kaiserstraße zur alljährlichen autonomen 1. Mai Demonstration. Alles verlief ruhig – die Polizei machte sich auch nicht die Mühe zu stressen. Mit dem diesjährigen Motto »Solidarität ohne Grenzen« und der Mehrzahl der Redebeiträge wurde der inhaltliche Fokus auf die verherenden Lebensrealitäten und die Kämpfe von Geflüchteten in Griechenland, der BRD und anderswo sowie auf den Widerstand der kurdischen Bewegung in der Türkei und Syrien gelenkt. Aber auch Beiträge zu den miesen Arbeitsbedingungen nichtdeutscher Kolleg_innen in der Fleischindustrie und der Landwirtschaft im Oldenburger Land, der neoliberalen Stadtumstrukturierung und genossenschaftlicher Mieter_innenorganisierung sowie zu antifaschistischen Interventionen waren zu hören. Nach der traditionellen Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz zog der Demonstrationszug weiter zum Autonomen Zentrum *Alhambra*, wo der Tag mit einem Straßenfest, inklusive Buffet, Hüpfburg und einem or-Aalwürfelstand, ausklang.

von: Jann Gerdes in der Oldenburger Rundschau

Freiräume

In der letzten Ausgabe haben wir über Aktivitäten der Genoss*innen des Herforder FlaFla berichtet und angekündigt, in den nächsten Ausgaben weitere linke Zentren vorstellen zu wollen. Wir wollen natürlich daran festhalten. Doch lässt sich die Frage stellen, wieso wir uns auf sogenannte linke „Zentren“ beschränken sollten?

Das Leben in politischen Bewegungen spielt sich eben nicht nur in den „Zentren“ ab, sondern dehnt sich bestenfalls in emanzipatorischen Zusammenhängen auch auf das Arbeits- und Privatleben aus.

Während der autonomen 1.Mai-Demo in Oldenburg kündigten die Bewohner*innen der alten Glashüttensiedlung an, ihre Wohnungen gemeinschaftlich dem Immobilienmarkt durch den Kauf zu entziehen: „Mit unserem Projekt setzen wir der aktuellen Stadtentwicklung etwas entgegen und schaffen Alternativen. Das tun wir nicht als kleine linke Gruppe, sondern als eine breit gefächerte Nachbarschaft, die sich organisiert und ihr Wohnen selbst in die Hand nimmt“ (Oldenburger Rundschau, 21.Mai 2016).

Deshalb möchten wir den Themenschwerpunkt zu Recht auf selbstverwaltete Wohn-, Arbeits- Aktions-, Kultur - schlicht Lebensräume - ausdehnen und drucken neben einer allgemeinen Einleitung von Elisabeth Voß eine Selbsterklärung der Bewohner*innen der alten Glashüttensiedlung ab.

Gemeinsam wohnen und arbeiten – Kommunen und andere selbstorganisierte Lebensgemeinschaften

Politische Bewegungen und ihre Ideen von einer anderen Welt, einer Welt ohne Macht und Ausbeutung, ohne Hierarchien und Gewalt definieren sich überwiegend über die Kritik an dem Bestehenden. Aber wie kann ein «Leben ohne Chef und Staat» (Titel eines Buches von Horst Stowasser) konkret aussehen? Es gibt in Deutschland kaum Verbindungen zwischen Protestbewegungen und Projekten anderen Lebens und Arbeitens. Nach kollektiven politischen Aktionen gehen viele Aktivist_innen allein nach Hause. Armut und prekäre Lebensverhältnisse müssen sie individuell bewältigen. Wer kollektiv lebt und arbeitet, wird häufig vom materiellen Überlebenskampf, aber auch von kräftezehrenden Gruppenprozessen aufgefressen und zieht sich aus politischen Zusammenhängen zurück. Aber es gibt sie, die gelebte Kritik, die Praxis alltäglicher Selbstbestimmung in kleineren oder größeren Gruppen. Versuche, ein anderes, besseres Leben nicht nur zu träumen, sondern schon heute, im eigenen Alltag zu leben. Die einen wohnen in WGs (Wohngemeinschaften) oder Hausprojekten miteinander, andere arbeiten zusammen in selbstverwalteten Betrieben und Projekten. Die beiden zentralen Lebensbereiche Wohnen und Arbeiten und noch viel mehr teilen Menschen, die in Kommunen, Gemeinschaften, Haus- oder Siedlungsprojekten miteinander leben. Die Bezeichnungen sind nur begrenzt eindeutig. Kommune ist ein politischer Begriff in Anlehnung an die Pariser Commune von 1871. Als Gemeinschaften verstehen sich eher solche Gruppen, die auch eine spirituelle Ausrichtung haben. Hausprojekte entstanden in den 1970er und 1980er Jahre oft aus Hausbesetzungen, heute zunehmend als generationsübergreifende Vorhaben. Bei Siedlungsprojekten finden wir große Unterschiede in den inhaltlichen Ausrichtungen und der Verbindlichkeit der Bewohner_innen.

Die Übergänge sind fließend, mitunter wird die Bezeichnung “Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften” als Oberbegriff für unterschiedliche Gruppen, die gemeinsam wohnen, arbeiten und ihren Alltag gestalten, verwendet.

von: Elisabeth Voß

Auszug aus einem Beitrag in „Anarchismus 2.0“ - erschienen im Schmetterlingsverlag

Alte Glashüttensiedlung

Wir wollen die Siedlung kaufen!

Wir sind Bewohner_innen der alten Glashüttensiedlung in der Noll- und Behrensstraße (Oldenburg), kurz: die Siedlung. Wir haben uns im Verein ‚Alte Glashüttensiedlung e.V.' zusammengeschlossen, um Wohnungen in der Siedlung gemeinschaftlich zu kaufen. Hier erfahrt ihr etwas über die Hintergründe und die Ziele unseres Projekts.

Vielfältigkeit erhalten

Wir wohnen gerne in unserer Siedlung. Der Grund dafür liegt nicht im Zustand der Wohnungen, die schlecht saniert, zugig, teils dunkel und oft zu eng sind. Der Grund ist vielmehr die Gemeinschaftlichkeit, die uns als Bewohner_innen hier verbindet – und das trotz der großen Verschiedenheit. Wahrscheinlich ist es genau diese Vielfältigkeit, die uns ausmacht. Wir leben unterschiedliche Lebensformen. Wir und unsere Familien kommen aus vielen verschiedenen Ländern. Wir haben verschieden viel Geld und sind sozial sehr unterschiedlich abgesichert. Wir sind sehr unterschiedlich alt und haben unterschiedliche politische Überzeugungen. Kurz: Wir sind ein ganz schön bunter Haufen, der sich hier täglich auf der großen Wäschewiese über den Weg läuft, sich mit den Kindern auf dem Spielplatz trifft, das jährliche Siedlungsfest organisiert und jetzt gemeinsam dieses Projekt auf die Beine stellen will. Unser Ziel ist dabei, dass diese Vielfalt erhalten bleibt und nicht – wie es oft bei kollektiven Wohnprojekten geschieht – letztlich eine relativ einheitliche Gruppe von jungen Singles oder Familien mit vielen Privilegien nach und nach andere Menschen verdrängen.

Niedrige Mieten schaffen

Um unsere vielfältige Gemeinschaft zu erhalten und an ihr zu arbeiten, bedarf es niedriger Mieten. Die GSG will unsere Siedlung verkaufen. Wenn nicht wir als Bewohner_innen die Siedlung kaufen, werden es Menschen mit deutlich größerem Einkommen tun. Dies würde die Gemeinschaft grundlegend verändern – vermutlich in eine Richtung, die uns aus mehreren Gründen nicht passt. In Oldenburg sind die Mieten in den letzten Jahren immens gestiegen. Uns liegt viel daran, günstigen Wohnraum auf Dauer zu erhalten – nicht zuletzt auch bei uns. Wir finden, dass es kein Privileg der Besserverdienenden sein darf, zentral und in guter Gemeinschaft zu wohnen. Stadtentwicklung sollte nicht auf den Markt, sondern auf die Menschen zugeschnitten sein.

Selbstverwaltung organisieren

Ein weiteres Ziel unseres Projektes ist es, dass die Bewohner_innen der Siedlung selber über ihr Wohnen entscheiden dürfen. Die Häuser denen, die drin wohnen – und bei uns kommt eben auch noch viel gemeinsame Grün- und Gartenfläche dazu. Wir wissen, dass das auch mit viel Arbeit verbunden ist. Aber da wir in Zukunft selbst entscheiden können, wie sich die Siedlung entwickelt, sind wir der Überzeugung, dass sich der Aufwand dafür lohnt. Wir wollen mit unserem Modell eine Form finden, in der nicht der Markt oder irgendein_e Vermieter_in über unsere Belange entscheidet, sondern wir selber unser Zusammenwohnen basisdemokratisch aushandeln.

Dieser Text und weitere Informationen zum Projekt unter ***www.alte-glashuettensiedlung.de***

Die AfD bekämpfen,

Als im vergangenen Sommer viele Menschen streikten und ankommende Flüchtlinge unterstützten, bestand die Hoffnung, die AfD würde so schnell wieder verschwinden, wie sie gekommen war. Bekanntlich kam es anders. Insofern ist es zu begrüßen, dass auch in ak über linke Strategien gegen die neue rechte Partei diskutiert wird.

Die Entwicklung der AfD ist nicht zu verstehen, ohne die rechten Straßenmobilisierungen der vergangenen Jahre sowie die Brüche und Widersprüche im Umgang der Regierung Merkel mit der Entwicklung, die sie »Flüchtlingskrise« nannte, zu berücksichtigen. Eine ernsthafte Einheitsfront ist notwendig, um den neofaschistischen Flügel der AfD zu isolieren, bevor er zu stark wird.

Die AfD aufgrund ihres Programms als besonders reaktionäre, neoliberale Partei einzuordnen, wie es Friedrich tut, greift zu kurz. Es gibt keinen eigentlichen Kern der AfD, sondern divergierende Gruppierungen. Die Differenzen, die zur Abspaltung der Partei von ihrem Gründer Bernd Lucke geführt haben, sind immer noch da. »Der Flügel« um den thüringischen AfD-Chef Björn Höcke und den sachsen-anhaltischen Vorsitzenden André Poggenburg sucht die Nähe zu PEGIDA und will die Partei weiter nach rechts drängen. Die verbliebenen Neoliberalen um den Bundesvize Jörg Meuthen lehnen Höckes Vision einer »national-sozialen Kraft« ab. Mit der Europaabgeordneten Beatrix von Storch teilt der »Flügel« zwar die streng reaktionäre Gesellschaftspolitik, wirtschaftspolitisch steht von Storch aber auf der Seite Meuthens.

Keine faschistische Partei - aber eine faschistische Gefahr

Diese Widersprüche spiegeln sich in der Wählerschaft wider. Einerseits finden sich dort viele klassische rechte Wähler_innen, von der CDU enttäuschte neoliberale Konservative und chauvinistische Teile des Kleinbürgertums. Bei den Landtagswahlen vom Frühjahr konnte die AfD auch in ehemaligen SPD-Hochburgen gewinnen. Es gelang der AfD also, bei einer Wählerschaft zu punkten, die sich eine wie auch immer geartete Form von sozialem Ausgleich wünscht, aber eben auch durch Rassismus ansprechbar ist.

Die divergierenden Gruppierungen werden zusammengehalten vom gemeinsamen Erfolg, dem Selbstbewusstsein einer Protestpartei und durch Rassismus gegen Flüchtlinge und Muslime. Die dauerhaften rechten Straßenmobilisierungen um PEGIDA und Hogesa stärken derweil dem rechten Flügel um Höcke, Poggenburg und den ehemaligen hessischen CDUler und heutigen brandenburgischen AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland den Rücken.

Die AfD ist keine faschistische Partei, doch der Flügel um Höcke, Gauland und Poggenburg kann durchaus als neofaschistisch bezeichnet werden. Für diese Einschätzung ist nicht das Programm der AfD entscheidend, sondern ihre Strategie.

Denn das Programm ist ein wildes Sammelsurium von wirtschaftlich neoliberalen, gesellschaftlich antiliberalen, ultrakonservativen und völkisch-rassistischen Forderungen. Die Strategie des rechten Flügels zielt auf den Kampf um die Straße - mit militantem Anti-Establishment-Gestus und völkischer Orientierung. Alexander Gauland zeigt Verständnis dafür, dass Nazis eine Maikundgebung des DGB in Zwickau sprengten, und erklärte nach den Landtagswahlen im Frühjahr, dass sich die AfD nicht an einer Regierung beteiligen würde, da sie radikal »gegen das System« sei. Höcke, Poggenburg und Gauland werben zudem schon länger für eine Zusammenarbeit der AfD mit PEGIDA. Der Magdeburger Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider sprach auf einer PEGIDA-Demonstration in Dresden. Höcke lud auf einer seiner AfD-Demonstrationen in Erfurt Sigfried Däbritz als Redner ein, einen der Wortführer von PEGIDA. Neuerdings nutzt Höcke die Demonstrationen, um gegen den Bau einer Moschee zu agitieren. Der Freiburger AfD-Politiker und Burschenschafter Dubravko Mandic, einer der vehementesten Anhänger Höckes, bringt das Selbstverständnis des rechten Flügels auf den Punkt: »Von der NPD unterschieden wir uns vornehmlich

BEVOR ES ZU SPÄT IST

durch unser bürgerliches Unterstützerumfeld, nicht so sehr durch Inhalte.«

Bundeskanzlerin Merkel hatte sich im Sommer 2015 auf eine begrenzte Öffnung der Grenzen eingelassen und die Chance gesehen, billige Arbeitskräfte ins Land zu holen. Kurz darauf begann eine systematische Kampagne aus Teilen der Regierung selbst - vorangetrieben vom CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer, aber auch und insbesondere von Finanzminister Wolfgang Schäuble und Innenminister Thomas de Maizière. Im Oktober 2015 schlug de Maizière vor, Flüchtlinge in zentralen Lagern an der Grenze zu internieren. Die Regierung diskutierte, den Mindestlohn auszusetzen. Im November und Dezember bestimmten Berichte über »kriminelle Ausländer« und »Wirtschaftsflüchtlinge« die Schlagzeilen und nach den Anschlägen vom 13. November 2015 in Paris dominierte eine auf Vermutungen und rassistischen Vorurteilen gestützte Berichterstattung - wieder befeuert durch Schäuble und de Maizière.

Merkel bekam also parteiintern Druck von rechts. Ebenso uneinig sind sich die Herrschenden über alle großen Themen der vergangenen Jahre. Ein einheitlicher neoliberaler politischer Machtblock existiert nicht.

Auch der Bruch zwischen Transatlantiker_innen und denjenigen, die eine verstärkte Zusammenarbeit mit der russischen herrschenden Klasse suchen, geht quer durch die Parteien. Sowohl in der SPD als auch in den Unionsparteien sind beide Ansichten gut vertreten. Im Umgang mit der Eurokrise setzte sich zwar die Fraktion um Finananzminister Schäuble durch, und das »Problem Griechenland« wurde mit einem autoritär-chauvinisitischen Auftritt des deutschen Imperialismus auf dem Parkett der EU-Finanzpolitik »gelöst«, im Hintergrund jedoch liefen auch innerhalb der Koalition die Debatten um längerfristige Perspektiven.

zugegebenermaßen war es keine Wahlkampfveranstaltung der AfD, aber trotzdem ein gelungenes Beispiel für Protest gegen anti-emanzipatorisches und reaktionäres Gedankengut: unbeliebter Wahlkampfstand der „ALFA“ am 18. Juni auf dem CSD in Ol

Uns steht die herrschende Klasse bei der sozialen Frage als Block mit gemeinsamen Interessen gegenüber. Trotzdem ist es notwendig, sich ihrer inneren Widersprüche bewusst zu sein. Einerseits können sie Ansatzpunkt für erfolgreiche Kämpfe von links sein, andererseits verschärft die Dynamik einer in sich uneinigen herrschenden Klasse die Gefahr, dass ein Teil dieser herrschenden Klasse reaktionäre Krisenlösungen - und damit die AfD - unterstützt.

»BDI und BILD haben keinen Bock auf AfD« Die herrschende Klasse mag momentan kein Interesse an einer Machtübernahme der AfD, oder gar der Gruppe um Höcke und Gauland, haben. Aber: Teile der herrschenden Klasse haben durchaus ein Interesse an der Verbreitung von Rassismus, um eine linke Antwort auf die Eurokrise, die wachsende soziale Ungleichheit und die Frage der

Flüchtenden der Kriege in Syrien und anderswo zurückzudrängen.

Nicht erst kurz vor der Machtübernahme gefährlich

Rassist_innen sind nicht erst gefährlich, wenn sie kurz vor der Machübernahme stehen. Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Moscheen und Synagogen, Gewalt gegen Flüchtlinge, Muslime und Juden, Linke und Andersdenkende sind für die Betroffenen eine alltägliche Bedrohung. Die gesellschaftliche Dynamik, die von AfD-Politiker_innen in jeder Talkshow und einer sensationsheischenden Berichterstattung über angebliche Terrorist_innen und einzelne Straftaten von Geflüchteten ausgelöst wird, bedeutet eine Normalisierung von Rassismus. Rassismus gegen Flüchtlinge und antimuslimischer Rassismus drohen zu gesellschaftlich akzeptablen Ansichten zu werden.

Nach dem russischen Revolutionären Leo Trotzki basierte die Gefahr, die von der damaligen NSDAP ausging, auf ihrem Charakter als Partei einer unabhängigen Bewegung des Kleinbürgertums. Die Machtergreifung konnte zwar ohne die Unterstützung des Kapitals nicht gelingen, vorher jedoch war die Unabhängigkeit eher eine Stärke als eine Schwäche der Nazis.

Dass die AfD momentan nicht auf die Unterstützung nennenswerter Kapitalfraktionen zählen kann, darf kein Vorwand sein, sie nicht mit allen Mitteln zu bekämpfen. Zu groß ist die Gefahr, dass eine stärkere, radikalisierte AfD dem Kapital tatsächlich einmal als Option erscheint, die gesellschaftliche Linke zu bekämpfen. Solange dies nicht der Fall ist, ist es leichter sie zu schlagen - und dem Rassismus eine gesellschaftliche Verbreitung wieder zu entziehen.

Das Ziel eines erfolgreichen Kampfes gegen die AfD muss sein, den harten Kern des faschistischen Flügels von ihrer von diffusen Ängsten und rassistischen Vorurteilen geprägten Anhängerschaft zu isolieren. Ein erstes Etappenziel wäre es, den Einzug der AfD in den Bundestag 2017 zu verhindern, um der rassistischen Dynamik einen Dämpfer zu verpassen.

Der Kampf gegen den Rassismus und der Kampf gegen den Neoliberalismus sind zwei Teile des Klassenkampfes, allerdings setzen die Kämpfe an unterschiedlichen Fronten und in unterschiedlichen Bündniskonstellationen an. Die Gefahr, dass es dem neofaschistischen Flügel der AfD gelingt, eine rassistische Massenbewegung aufzubauen, die zur Bedrohung für alle wird, die nicht in sein völkisches Weltbild passen, ist real. Angesichts dessen den Kampf gegen den Neoliberalismus zur Vorbedingung des gemeinsamen Kampfes gegen Rassismus zu machen, wird der Lage nicht gerecht.

von: Julia Meier in analyse&kritik 617

Der Text ist eine Replik auf einen Beitrag von Sebastian Friedrich in ak 615

Der Vorstand der AfD Oldenburg-Ammerland

Der Wahlkampf zur Kommunalwahl im September dieses Jahres steht bevor. Höchste Zeit, einen Blick auf den Vorstand des hiesigen Ablegers der nationalistischen und rassistischen „Alternative für Deutschland“ zu werfen. In diesem Artikel geht es um die führenden Akteure des lokalen AfD-Kreisverbands und ihre Verbindungen in das neonazistische Milieu.

Mario Olsson
Jüngstes Mitglied im Vorstand ist Mario Olsson aus Rastede (Ammerland). Der angehende Sozialassistent an der BBS Varel ist nicht nur in der hiesigen AfD-Struktur als Sprecher aktiv, sondern wurde auch im Juni 2015 zum Schatzmeister der „Jungen Alternative Niedersachsen“ gewählt. Dort lernte er vermutlich Lars Steinke kennen, mit dem er auf Facebook freundschaftliche Kontakte pflegt. Steinke ist seines Zeichens Beisitzer im Vorstand der JA Niedersachsen, Burschenschaftler der -Burschenschaft „Hannovera“ und Gründer der Göttinger Hochschulgrup-

pe der JA. Die Burschenschaft „Hannovera“ ist in Göttingen bekannt für ihr gewalttätiges Auftreten und pflegt beste Beziehungen zum Nazi-Burschenschaft „Germania-Marburg“ und deren Dachverband, der „Deutschen Burschenschaft“, welche unter anderem mit „Arier–Nachweisen“ für Furore sorgte. Weiterhin ist Steinke Anmelder von Kundgebungen des „Freundeskreis Niedersachsen/Thüringen“, welche versuchen eine länderübergreifende Kooperation zwischen rassistischen Kundgebungen zu erreichen. Organisation und Besucher der Kundgebungen sind von Neonazis durchsetzt. Doch Steinke ist nicht Olssons einziger Freund aus einem Milieu, welches eine Grauzone zwischen Neonazismus und Nationalkonservatismus bildet. Ein weiterer Facebook-Freund von Olsson ist Benjamin Nolte. Der in der Nazi-Burschenschaft „Danubia“ aus München aktive Nolte war zwischenzeitlich stellvertretender Vorsitzender der JA auf Bundesebene, musste aber unter anderem wegen eines rassistischen Eklats zurücktreten. Weiterhin ist Olsson mit dem Facebook-Profil Hauke Elbrecht befreundet. Aus dem PEGIDA-Umfeld wurde uns zugespielt, dass es sich hierbei um ein Zweitprofil eines in Oldenburg ansässigen Wirtschaftsjuristen handelt, der maßgeblich in die Organisation der OLGIDA-Kundgebungen involviert war.

Olsson selbst macht ebenfalls wenig Hehl aus seinen Sympathien für neonazistische Organisationen. So sympathisiert das Vorstandsmitglied auf seiner Facebook–Seite mehrfach mit der Neonazigruppe „Identitäre Bewegung“, unter anderem teilte er deren „Kriegserklärung“ gegen die „Umvolker Frankreichs“. „Umvolkung“ ist ein Begriff, welcher in der sogenannten „Neuen Rechten“ und Neonazigruppen extrem beliebt ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Mario Olsson nicht nur mit Personen aus dem neonazistischen Burschenschaftsmilieu vernetzt ist, sondern auch, dass er offen mit Neonazigruppierungen sympathisiert und mit seinen Verbindungen zu OLGIDA auch über regionale Kontakte verfügt.Gerhard Vierfuß

Auch ein großer Freund der „Identitären Bewegung“ ist Gerhard Vierfuß. Der Sprecher und ehemalige Schriftführer der Partei war darüber hinaus Redakteur bei der nationalistisch-konservativen Zeitung „Junge Freiheit“. Die „Junge Freiheit“ versucht eine Scharnierfunktion zwischen einem neonazistischen und einem nationalkonservativen Spektrum herzustellen. Darüber hinaus ist Vierfuß auch ein Freund der völkischen PEGIDA-Bewegung und des ungarischen Autokraten Viktor Orban. Vierfuß scheint sich selbst zum rechten Flügel innerhalb der Partei zu zählen. So teilte er eine Erklärung der völkisch-nationalistischen Gruppierung innerhalb der Partei, welche sich selbst, „Der Flügel“ nennt. Zu dieser Parteiströmung zählen unter anderem André Poggenburg und der für seine völkisch-rassistischen Entgleisungen bekannte Björn Höcke.

Detlef Suhr
Detlef Suhr ist zwar nicht mehr Teil des aktuellen Vorstands, dennoch lohnt sich ein genauerer Blick auf den ehemaligen Beisitzer der AfD Stadt Oldenburg / Ammerland. Suhr ist Pressesprecher der dem geschichtsrevisionistischen

Vertriebenenmilieu nahestehenden „Agnes-Miegel-Gesellschaft“. Nach An

gaben des Onlinefachjournals „Blick nach Rechts“ umfasst die „Agnes-Miegel-Gesellschaft“ etwa 300 Mitglieder. Sie hat sich das Ziel gesetzt, das Andenken der Dichterin Agnes Miegel (1879-1964) zu wahren. Miegel war überzeugte Nationalsozialistin und trat 1937 der „NS-Frauenschaft“ bei und schrieb Gedichte, in denen sie Adolf Hitler verehrte. Miegel distanzierte sich auch nach dem 2. Weltkrieg nicht vom Nationalsozialismus. In die Schlagzeilen ist die AGM geraten, als diese versuchte die Entfernung einer Bronzestatue von Miegel in Bad Nenndorf zu verhindern. Den Beschluss des Standrates versuchte die AGM mit einem Bürgerentscheid zu stoppen. Einer der Initiatoren war Detlef Suhr. Besonders pikant in diesem Zusammenhang erscheint der Stifter der Statue: Wilibald Vößling aus Giesen-Hasede bei Hildesheim. Laut Recherchen des „Störungsmelders“ der ZEIT war dieser Mitglied des „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG). Bis zur Auflösung des Vereins Mitte der 90er Jahre galt dieser als eine der größten nationalsozialistischen Vereinigungen in der BRD. Als Ziel wurde die Förderung, „deutschen Kulturguts“ ausgerufen. Dazu zählt auch – wenig verwunderlich – das Werk Agnes Miegels. Weitere Recherchen des „Störungsmelders“ ergaben, dass die Vorsitzende der AGM (Stand: 2015), Marianne Kopp, im mittlerweile verbotenen Holocaust-Leugner*innen-Verein „Collegium Humanum“ aufgetreten ist. Suhr, in seiner Rolle als Pressesprecher, nahm Marianne Kopp in Schutz, in dem er behauptete, Marianne Kopp habe nicht gewusst, in welchen Kreisen sie sich bewege.

Detlef Suhr versuchte darüber hinaus, eine kritische Berichterstattung des Fachjournals „Blick nach Rechts“ über Agnes Miegel mit Klagen zum Schweigen zu bringen. Die Zuneigung, welche Suhr für Miegel empfindet scheint keine Grenzen zu kennen, so betreibt er sein Reiseunternehmen „KulTours“ in der Agnes-Miegel-Straße in Edewecht-Friedrichsfehn. „KulTours“ bietet nach eigenen Angaben „Kultur – und Musikreisen“ an. Wenig verwunderlich erscheint es in diesem Zusammenhang, dass als Reiseziel auch eine Wochenendreise zu den „Agnes-Miegel-Tagen“ in Bad Nenndorf angeboten wird. Die Homepage des Reiseunternehmens dient jedoch nicht nur als Plattform um Reisen zu bewerben, sondern auch als eine Art politischer Blog. Suhr verlinkt dort zahlreiche Artikel aus dem verschwörungstheoretischen und rassistischen „Compact-Magazin“ . Auch auf die nationalistische „Jungen Freiheit“ wird verwiesen. Dass ausgerechnet Detlef Suhr einen Beitrag auf der AfD-Seite über die „Grundzüge einer modernen Erinnerungskultur“ schrieb, spricht Bände über die revisionistische Ausrichtung des AfD-Kreisverbandes.

Reinhard Heller

Auch das Bad Zwischenahner Vorstandsmitglied des lokalen AfD-Ablegers, Reinhard Heller, ist offenkundig ein Freund von verschwörungstheoretischen und rassistischen Seiten. So

verlinkt der Schatzmeister des Kreisverbandes auf Facebook beispielsweise Seiten aus dem „Compact-Magazin“ oder auch Artikel aus der ähnlich verorteten Seite „Netzplanet“.

Jens Ahrends

Ein besonders mitteilungsbedürftiges Mitglied im Vorstand der Oldenburger/Ammerländer AfD ist der Beisitzer Jens Ahrends. Der Ammerländer verfügt offensichtlich über keinerlei Admin-Rechte für die Facebook-Seite der AfD, sodass er fast täglich Besucherbeiträge auf der Pinnwand der Facebookseite hinterlässt. Dort verlinkt er zahlreiche verschwörungstheoretische Seiten wie beispielsweise vom russischen Propagandasender „RT-Deutschland“ sowie von den Facebookseiten „Deutsche Wirtschaftsnachrichten“ und „Aufwachen Deutschland“. So verwundert es auch wenig, dass Jens Ahrends sich für den „Reichsbürger“ Xavier Naidoo begeistert, ihn gar als „Einen stolzen Vertreter für Deutschland“ betitelt.

Ein Blick auf die Facebook-Freundschaften des Beisitzers lässt Rückschlüsse auf seine politische Gesinnung zu. So abonniert Ahrends u.a. den PEGIDA-Chef Lutz Bachmann, den rassistischen Autoren Akif Pirinçci und den bayrischen NPD-Funktionär Karl Richter. Richter machte Schlagzeilen, als er im Alten Münchner Rathaussaal bei Ablegen seines Amtseides den verbotenen Hitlergruß zeigte. Auch die Neonazi Gruppe „German Defense League“ darf sich über ein „like“ von Jens Ahrends freuen. Die Sympathien des Vorstandsmitgliedes Ahrends für Rassisten, Neonazis und Verschwörungstheorien scheinen keine Grenzen zu kennen.

Die Facebook-Seite der AfD Oldenburg-Ammerland

Ein Blick auf die Facebookseite der AfD Oldenburg-Ammerland offenbart, dass rassistische Hetze und Verschwörungstheorien einen Großteil der Beiträge ausmachen, sodass Jens Ahrends Beiträge kaum auffallen. In fast jedem Beitrag auf der Internetseite und der Facebook-Seite wird gegen Geflüchtete rassistische Stimmung gemacht. Es werden offene Neonaziseiten aus der Region, wie z. B. Die Seite „Nein zum Heim in Oldenburg“ geliked. Die Neonazika-

meradschaft „Freies Oldenburg“ liked umgekehrt auch die AfD Oldenburg-Ammerland. Aber auch überregionale Seiten aus dem Spektrum sogenannter „Reichsbürger“ werden auf Facebook geteilt. So teilte die AfD die Seite „brd-schwindel.org“. Die nationalsozialistische Ausrichtung dieser Seite ist recht einfach zu erkennen. So befindet sich dort recht zentral platziert ein Bild von einer Reichskriegsfahne mit Schwarzer Sonne.

Fazit/Ausblick

Der Vorstand der AfD Oldenburg-Ammerland ist ein Sammelsurium aus Sympathisanten und Funktionären aus unterschiedlichen nationalistischen Strömungen. Die Palette reicht vom Vertriebenen-Milieu bis hin zu neueren Neonazigruppen wie der „Identitären Bewegung“. Die Inszenierung als bürgerlich-konservative Partei, die nichts mit Neonazis zu tun haben will, erscheint bei näheren Hinsehen mehr als fragwürdig. Dementsprechend konsequent muss eine antifaschistische Auseinandersetzung mit der Partei geführt werden.

von: antifaelf.blogsport.de (Text & Bilder)

“Wer den moralischen Grenzübertritt verhindern will, muss notfalls auch von der Sahnetorte Gebrauch machen. So steht es im Gesetz. Denn wer das HALT an unserer ethisch-moralischen Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen. Kein Aktivist will einen Politiker torten. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Sahnetorten. Und derzeit ist der Gebrauch von Torten das moralische Gebot der Stunde. Der Tortenwurf ist letztes Mittel am Grenzbaum zur Unmenschlichkeit und dringlichster Ausdruck direkter Demokratie. Keiner darf glauben, dass er den Boden von Ethik, Moral und Menschenrechten durch die Drohung tödlicher Gewalt gegen Menschen ungestraft verlassen kann. Wer das wie die AfD tut, läuft Gefahr einen tortalen Krieg auszulösen.“

von: Tortenwerfer

TO DO's für den Wahlkampf

Am 30. Juni 2013 wurde im Oldenburger Ratskeller der Kreisverband Oldenburg Stadt /Ammerland der „Alternative für Deutschland“ gegründet.

Mit der Oldenburger Kommunalwahl im September diesen Jahres bietet sich dem Verband erstmals die Möglichkeit, Sitze im Stadtrat zu erhalten. Derzeit werden noch Unterschriften gesammelt, um für die Wahl antreten zu können. Es sind nur 30 Unterstützer*innen in jedem der 9 Wahlbezirke nötig – scheinbar nur noch eine Formalität.

Alle zwei Wochen trifft sich der offene Stammtisch in wechselnden Lokalitäten. Die teilweise von bis zu 50 Personen besuchten Veranstaltungen finden meist ungestört im Landkreis Ammerland statt. In Oldenburg stellt sich diese Normalität bisher nicht ein: Durch öffentlich angekündigte Proteste wurden einige Veranstaltungen von den Betreiber*innen der Lokalitäten abgesagt oder für die Zukunft abgelehnt, andere wurden erheblich gestört (siehe NWZ-Artikel vom 11.04.2016: „Gaststätten reserviert bei AfD-Anfragen“). Die AfD reagiert darauf mit Geheimhaltung: Die Veranstaltungsorte werden erst 1-2 Tage vor den Treffen über interne Mailinglisten verbreitet, in die mensch sich aber mit ein wenig Engagement eintragen lassen kann. Im Ammerland waren bisher vor allem der Gasthof Dierks in Torsholt (hier tritt die AfD selbstbewusst und offen auf) sowie das Museum Ostdeutsche Kulturgeschichte in Bad Zwischenahn beliebte Treffpunkte. In Oldenburg wurde der Stammtisch, begleitet von starken Protesten, unter anderem auch im Mephisto abgehalten. Dessen Besitzer signalisierte noch am selben Tag seine Bereitschaft, der AfD auch zukünftig seine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Die AfD nutzt jede ihr zur Verfügung stehende Möglichkeit, um in einem legalen Rahmen gegen Geflüchtete und andere Marginalisierte zu agieren. Jeder Wahlerfolg gibt ihr dafür weitere Werkzeuge an die Hand, daher ist es - bei aller Kritik und damit vielleicht einhergehendem Desinteresse an Parteipolitik - wichtig, jetzt in den Wahlkampf einzugreifen:

- Bemüht euch um einen der heißbegehrten Plätze auf der Mailingliste (beispielweise unter **http://www.afd-stadtoldenburg-ammerland.de/kontaktformular/**) und schreibt mit den Widerlingen, seid kreativ!
- Falls Euch zufällig irgendwelche Details zu Ohren kommen sollten, kontaktiert: **http://antifatreff.blogsport.de**
  Dort könnt ihr auch ggf. schon bekanntgewordene Termine in Erfahrung bringen.
- Kontaktiert selbst die Betreiber*innen der Veranstaltungsräume! Gerade in anderen als den o.g. Räumlichkeiten ist es möglich, dass die Betreiber*innen selbst nichts über Form und Inhalt der angemeldeten Veranstaltung wissen. Erzählt,
  - dass die Inhalte der AfD eine konkrete Gefahr für viele Existenzen darstellen!
  - wie geschäftsschädigend Proteste sein können!
  - wie enttäuscht Ihr – als treue Stammkund*innen – jetzt seid!
- Wenn ihr irgendwo Werbestände zum Wahlkampf seht, postet die Info (Zeit, Ort, Polizei, Anzahl...) auf Twitter: **https://twitter.com/antifainfo_ol**
- Entsorgt Flyer, informiert andere über Ort, Zeit usw.
- Initiiert Proteste und/oder beteiligt Euch daran, haltet Euch während des Wahlkampfes die Samstage frei!

Wichtig: Benutzt keine Klarnamen!

Viel Spaß!

IRRE, KRANK UND WAHN

eine (zu) kurze Einführung in die Psychiatriekritik

In linksradikalen Zusammenhängen scheint es einen Konsens über antirassistische Praxen zu geben, wie eine von Abschiebung bedrohte Person zu verstecken und Löcher in die Zäune von Abschiebeknästen zu schneiden. Wir regen uns über sexistischen und rassistischen Sprachgebrauch auf und es finden Diskussionen über viele einzelne Worte statt.

Aber würde auch eine Person versteckt werden, die zwangsbehandelt werden soll? Würde in Psychiatrien reingegangen werden, um die Fesseln von Fixierten zu lösen? Wen irritiert es, wenn Erdogan als ‚irre' bezeichnet wird und ihm dadurch letztendlich die Verantwortung für sein eigenes Handeln entzogen wird?

Auch innerhalb von linken Zusammenhängen heißt es schnell, Menschen in psychosozialen Krisen seien ‚krank' und sie bräuchten ‚professionelle Hilfe'. Es geht mir nicht darum einzelne Wörter zu verbannen und aufzuzeigen, dass auch die linke Szene-Sprache noch nicht ‚rein' genug sei. Diesen Anspruch finde ich selbst häufig eher problematisch. Es geht mir ebenso nicht darum, dass Rassismus, Sexismus und die Diskriminierung von Menschen in psychosozialen Krisensituationen strukturell gleich zu setzen sei. Aber es ist meiner Meinung nach auffällig, auf welche Weise über einige Mechanismen innerhalb der linken Szene geredet wird und andere einem professionellen Bereich unhinterfragt zugeschrieben werden. Eigentlich genau ein Vorgehen, was in emanzipatorischen Kontexten meiner Meinung nach kritisiert werden müsste.

Ich möchte auf zwei verschiedene Aspekte eingehen und hoffe damit ein bisschen dazu beizutragen, den Diskurs zur Psychiatriekritik erneut anzustoßen.

Der Erste Aspekt wäre die Frage, wodurch sich eigentlich die Rolle der ‚Professionellen' in diesem Bereich legitimiert. Damit einher geht die Frage, was ist eigentlich ‚psychisch krank' bzw. was ist eine psychosoziale Krise. Die Entmystifizierung von menschlichen Verhalten stellt meiner Meinung nach eine notwendige Grundlage für einen links-emanzipatorischen Diskurs zur Unterstützung von Menschen in psychosozialen Krisensituationen dar.

Der zweite Aspekt wäre die darauf aufbauende Frage, wie Alternativen zur gängigen Psychiatrie aussehen können. Damit einhergehend die Frage, was können und wollen wir als linke Bewegung einem psychiatrischen System entgegensetzen. Ich würde mich freuen, wenn wir vielleicht im Anschluss an mein Gerede dort mit der Diskussion ansetzen könnten.

Ich möchte versuchen den ersten Punkt möglichst kurz zu halten, da dieser, meiner Meinung nach, von vielen schon in den 70er und 80er Jahren behandelt wurde. Dennoch habe ich in vielen Diskussionen das Gefühl gehabt, dass sich einige problematische Überzeugungen in diesem Bereich noch heute halten.

Gerade in den akademischen Kreisen der psychiatrie-kritischen Bewegung vergangener Jahre, wurde verstärkt versucht, sowohl menschliches Verhalten als auch die Rolle der Professionellen zu entmystifizieren und dadurch die Zustände in den damaligen Psychiatrien kritisiert. Viele ihrer Kritiken haben zu der Umsetzung der Psychiatrie-Reform in den 80ern und 90ern beigetragen, durch welche sich die Zustände in den Psychiatrien deutlich verbessert haben. Ebenso seien hier die vielen Betroffenen-Verbände zu nennen, welche

„Narrenschiff", Sebastian Brant, 1499

sowohl eine Aufarbeitung der NS-Euthanasie gefordert haben, als auch bis heute noch für ihr Recht auf Selbstbestimmung kämpfen. Diese Forderungen sind nicht zuletzt in der Behindertenrechtskonvention zu lesen. Zumindest in der internationalen Version oder der von den Verbänden herausgegebenen Schattenübersetzung. Die offizielle deutsche Version lässt einige zentrale Stellen vermissen.

Entmystifizierung von Verhalten

Wird die geschichtliche Entwicklung des ‚Wahnsinns' bzw. ‚verrückten Verhaltens' betrachtet, lässt sich sehen, dass je nach zeithistorischem Kontext anderes Verhalten als ‚abnormal' angesehen worden ist. Dabei ist auffällig, dass das Verhältnis der Gesellschaft zum ‚Wahnsinn' besonders in der Vergangenheit sehr widersprüchlich war. So wurde der Zustand des ‚Irre-Seins' auf der einen Seite als frei und ungebunden romantisiert und auf der anderen Seite als stetige Gefahr für die Gesellschaft dämonisiert.

So unterschiedlich wie die gesellschaftliche Bedeutung von verrücktem Verhalten variierte, so unterschiedlich sind auch die Erklärungsmodelle, die herangezogen wurden.

15.-17. Jahrhundert

Anfang des 15. Jahrhunderts spielte die Behandlung bzw. der Gedanke der Heilung von sog. Wahnsinnigen kaum eine Rolle. Das Ziel ihrer Isolation in Lepratorien zu dieser Zeit lässt sich weniger darin sehen, die gesellschaftliche Nützlichkeit zu erhalten oder die Sicherheit der Stadtgemeinschaft zu gewährleisten. Stattdessen lassen sich Hinweise dazu finden, dass es sich eher um eine Art rituales Exil gehandelt hat, welches sich darin begründete, dass sogenannte Wahnsinnige als Verkörperung des ‚Wahnsinns' – also als Gegensatz der Stabilität und Reife des Geistes – gesehen worden sind.

‚Der Wahnsinn' wurde somit zu einem Symbol, bei dem eine gewisse Doppeldeutigkeit mitschwang: eine romantisierende Bedeutung, welche sich zum Beispiel in der Form des satirischen und die Gesellschaft verlachenden Narren darstellt und zum anderen in einer dämonisierenden Bedeutung der Unvernunft und der Lächerlichkeit des menschlichen Verstandes.

Durch die wachsende Bedrohung durch Kriege und die Pest innerhalb des 15. Jahrhunderts veränderte sich die Bedeutung des ‚Wahnsinns' weg von der beschriebenen Doppeldeutigkeit, hin zu einer kirchlich geprägten Bedeutung als die hergestellte Präsenz des Todes.

So wurde der Wahnsinn im 17. Jahrhundert als eine von Gott gegebene Strafe für eigenes Fehlverhalten gesehen und kündigte quasi die Herrschaft des Satans und das Ende der Welt an.

Der romantisierte Freiheitsgedanke, welcher mit dem Begriff noch Anfang des 15. Jahrhunderts verbunden wurde, wurde kirchlich umgedeutet und beschrieb nun eine Art falsches Glück, welches zum Erfolg des Antichristen führe und das nahestehende Ende der Welt verkünde.

Mit der Zeit entwickelte sich eine neue Form der Doppeldeutigkeit, welche auf der einen Seite eine Form weltuntergangstheoretischen Zustandes beschrieb und auf der anderen Seite den ‚Wahnsinn' als etwas in den Menschen verortetes und ihr Verhalten lenkendes gesehen wurde.

Industrialisierung und Aufkommen der Psychopathologie

Erst im 18 und 19. Jahrhundert kam es durch die Industrialisierung und dem verstärkten Aufkommen der Naturwissenschaften zu einer kompletten Entromantisierung des ‚Wahnsinns'. Durch den in der Industrialisierung neu entstandenen Arbeitsethos, bei dem Arbeit mit ethischen Werten verbunden wurde, wurde die Ursache für Armut nicht mehr als Produkt eines Mangels an Waren oder der Arbeitslosigkeit gesehen, sondern durch ein Nachlassen der Disziplin und dem Verfall der Sitten erklärt.

Dies führte zu einer moralischen Verurteilung von allen, die nicht arbeiteten, wobei unterschieden wurde zwischen den sogenannten ‚würdigen Armen', die aufgrund einer Beeinträchtigung nicht arbeiten konnten und den sogenannten ‚unwürdigen Armen', von denen angenommen wurde, dass sie nicht arbeiten wollten. Diejenigen, deren Verhalten als nicht nachvollziehbar galt, wurden zu den unwürdigen Armen gezählt, was ihre Verbannung in Arbeitshäuser und ähnliche Institutionen zum Effekt hatte.

Ein weiterer Effekt der Industrialisierung auf diesen Diskurs lässt sich in der einsetzenden Arbeitsteilung sehen. Wurde in der vormodernen Gesellschaft die Care-Arbeit ebenso wie die Re- und Produktionsarbeit meist innerhalb der Haus- und Hofgemeinschaft erledigt, entstand durch die Einrichtung von Produktionshäusern wie Fabriken, Werkstätten und Büros eine räumliche Trennung der Arbeitsbereiche. Dies verstärkte sowohl die Geschlechterungleichheit, da Frauen zum Großteil in den häuslichen unbezahlten Bereich

der Reproduktion verbannt wurden, als auch dass überhaupt die sogenannte ‚Soziale Frage' aufkam: Was soll mit denen geschehen, die für den Markt zu leistungsschwach oder zu störend sind? Was wollen wir sie uns kosten lassen und wofür sind sie überhaupt da?

Zum Teil wurde diese Frage versucht mit der Einrichtung von ‚sozialen Institutionen' zu beantworten. Durch die Verlagerung der Fürsorge, Pflege und Unterstützung in eine ‚Soziale Institution' wurden die Betroffenen, je nachdem ob sie zu den würdigen oder unwürdigen Armen gezählt wurden, „zu Objekten von Erziehung, Therapie, Verpflegung, Versorgung, Verwaltung" . Diese Form der Arbeitsteilung zum Zwecke der rationalen Leistungsmaximierung führte letztendlich dazu, dass sich die Meinung durchsetzen konnte, dass nur ‚Professionelle' in der Lage wären, sich um diese Form der Unterstützungsarbeit zu kümmern.

Erst durch das Erstarken der Naturwissenschaften und damit einhergehend der Psychopathologie im 19. Jahrhundert wurden die als wahnsinnig definierten zu den würdigen Armen gezählt und bekamen somit ein gesellschaftliches Anrecht auf Heilung.

Diese Entwicklung entstand vor dem Hintergrund, dass die Psychopathologie des 19. Jahrhunderts davon ausging, in einer Beziehung zu einem natürlichen Menschen zu stehen und an diesem das Maß für ‚Normal' oder ‚Verrückt' anzulegen. Dabei sei nochmal betont, dass jener Maßstab der als objektiv gesetzt worden ist, natürlich der Maßstab des weißen, gesunden, heterosexuellen, akademischen Mannes gewesen ist.

Mit den Naturwissenschaften und der sich daran anlehnenden Psychopathologie fand die naturalisierende Ideologie Einzug in den Diskurs. Der Begriff der Naturalisierung beschreibt im Generellen eine Ideologie, in der als Begründung für gesellschaftliche Verhältnisse oder menschliches Verhalten die Natur herangezogen wird. In diesem konkreten Fall beschreibt es in erster Linie den Versuch, menschliches Verhalten durch eine angenommene Natur des Menschen zu begründen. Beeinflusst durch die Aufklärung und den immensen technischen Fortschritt schaffte es nun die Naturwissenschaft als ‚objektive' und ‚rationale' Wissenschaft einen gottähnlichen Status zu erhalten. Wurde der Mensch vorher als von Gott gelenkt gesehen, setzten sich nun naturwissenschaftliche Erklärungsmodelle für menschliches Verhalten durch, welche es weiterhin erlaubten, die komplexe Wechselwirkung zwischen menschlichem biologischen Organismus, menschlichem Verhalten und gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen außen vorzulassen.

Es setzte sich der Grundsatz durch, dass ein gesunder Mensch reflektieren und somit immer objektiv richtig handeln könne. Sollte das Handeln nicht objektiv richtig sein, muss dies an seiner kranken Natur liegen.

Um dem ‚wahnsinnigen' Menschen zu helfen, müsse also herausgefunden werden, welcher biologische Mechanismus in ihm die Krankheit auslöse. Die naturwissenschaftliche Betrachtung des Menschen sieht den Menschen letztendlich als eine Art Maschine, die in ihre Einzelteile zerlegbar und durch ein Studium dieser einzelnen Elemente verstehbar gemacht werden könne. Dieses eduktionistische Erklärungsmodell setzte sich als allgemeines Erklärungsmodell für das Verhalten des Menschen für lange Zeit durch, hielt sich und nahm einen starken Einfluss auf die politische Entwicklung, insbesondere in Bezug auf die soziale Frage.

Die Verknüpfung von naturalistischem Denken, in dem der weiße, heterosexuelle Mann das objektive Optimum der Natur sei, mit dem moralisch aufgeladenen Arbeitsethos, dem Konkurrenzdenken und dem Verwertungsgedanken des Kapitalismus führte zu einer historischen Entwicklung, wie wir sie als die Spitze der Menschenverachtung im deutschen Nationalsozialismus sehen konnten. Der Diskurs um die ‚soziale Frage' wurde – nicht nur in Deutschland – naturalistisch bzw. sozialdarwinistisch aufgeladen und schaffte so die Grundlage für die Vernichtung all jener in Deutschland, die nicht als wirtschaftlich wertvoll für den Volkskörper gesehen wurden.

Da Verhalten als biologisch determiniert gesehen wurde, konnte letztendlich jedes normabweichende Verhalten als krank definiert werden, und, um den historischen Gedanken eines wirtschaftlich kräftigen Volkes umsetzen zu können, wurde versucht, diejenigen zu vernichten, die als wider der Natur bzw. krank galten. Dies führte in der Konsequenz zur staatlich durchgeführten Euthanasie in der NS-Zeit.

Es lässt sich also festhalten, dass die Bedeutung des ‚Wahnsinns' für die Gesellschaft sich historisch betrachtet genauso häufig verändert hat, wie die Verhaltensweisen, welche als dessen Ausdrucksform gesehen wurden und die Modelle, die versuchten, dieses Verhalten zu erklären.

Warum dieser geschichtliche Abschnitt? Es geht darum zu sehen, dass sowohl das, was wir als ‚verrückt' oder ‚wahnsinnig' sehen, nicht eine naturgegebene Sache beschreibt, sondern letztendlich ein von der Norm abweichendes Verhalten darstellt und somit zeithistorischen Mechanismen unterliegt. Das gleiche gilt für die Erklärungsmodelle, mit welchen wir versuchen, für uns nicht nachvollziehbares Verhalten zu erklären.

Kritik der 70er und 80er Jahre
Diese gesellschaftlichen Strukturen, bzw. die Strukturen, die aufbauend auf dieser geschichtlichen Entwicklung entstanden sind, stellten letztendlich die Ausgangspunkte für die Kritik an der Psychiatrie und dem, was als psychische Krankheit gesehen wird, dar. Besonders in den 70er und 80er Jahren kam aus vorangig weiß-akademischen Kontexten Kritik an dem naturalistischen Erklärungsmodell und den sich daraus ableitenden Behandlungsmethoden.

Verschiedene Theorien wurden als Grundlage genommen, um Verhalten bewerten zu können und letztendlich in ‚gesundes' und ‚ungesundes' Verhalten zu unterteilen. Dabei ging es selten in dem Diskurs darum, Menschen zu unterstützen, ihre Krisensituation selbstbestimmt zu bewältigen, stattdessen wurde der Leidensdruck, den Menschen wahrnahmen, von außen durch sogenannte Professionelle analysiert und als krankhaft definiert.

Fast egal welche wissenschaftliche Strömung betrachtet wird, die Grundlage stellte immer die Betrachtung der ‚Kranken' durch die ‚Professionellen' dar, wobei die Definitionsmacht bei den sog. Professionellen lag. Ich will an dieser Stelle nicht tiefer in eine Kritik der Diagnostik einsteigen. Jedoch scheint sich mir bis heute ein Motto durchgezogen zu haben, was das Verhältnis von Diagnostiker_Innen und Diagnostizierten beschreibt: „Dir geht es vielleicht schlecht, aber ich weiß warum. Und wenn ich falsch liege, dann hast du mir was bewusst oder unbewusst verschwiegen." Dir geht es schlecht entweder aufgrund deiner biologischen Beschaffenheit oder dem inneren Konflikt mit dir selbst. Ziel einer Behandlung war es somit, Verhaltensweisen zu verändern oder innerhalb der eigenen Biographie nach unerfüllten triebhaften Bedürfnissen zu forschen und so eine gesellschaftlich akzeptierte Umgangsform mit der eigenen Krise zu finden.

Es ging somit nicht darum, dass das Gegenüber selbstbestimmt handeln konnte und somit eventuell auch die gesellschaftlichen Aspekte für sich herausfinden und benennen konnte, die die Krise ausgelöst haben. Stattdessen schien es darum zu gehen, dass die Betroffenen die Einschätzung der Professionellen über Ursache und Wirkung übernehmen und ihr Verhalten dementsprechend anpassen sollten. Ziel der ‚alten' psychiatriekritischen Bewegung war es letztendlich, die gesellschaftliche Komponente von Verhalten zu betonen. Und somit darzustellen, dass wenn wir innerhalb von widersprüchlichen und von Herrschaft durchwirkten Verhältnissen leben, aufwachsen und sozialisiert werden, ein Ausbrechen aus diesen Normen eher als gesund zu betrachten sei und ein Anpassen an diese einer einzelnen Person vielleicht oberflächlich helfen kann, jedoch die ursächliche gesellschaftliche Problematik eher verdecke.

Es wurde konkret versucht, die gesellschaftliche Dimension von Verhalten darzustellen und den Einfluss einer kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft auf das Verhalten und die Wahrnehmung von Personen aufzudecken. Krisensituationen und das aus ihnen resultierende Verhalten wurden als subjektiv notwendiger Umgang für die jeweilige Lebensrealität erkannt. Somit wurde auch das Durchleben dieser Krise als ein wichtiger Bestandteil gesehen, um eine für einen selbst passende Umgangsform für die jeweilige Lebensrealität zu finden.

Es entstanden auch in linken Zusammenhängen Diskussionen darüber, ob nicht Menschen in psychosozialen Krisen die eigentlichen revolutionären Subjekte wären. Parolen wie „aus der Krankheit eine Waffe machen" führten jedoch leider nicht zu einem Umsturz der Verhältnisse. Stattdessen entstand für einige Betroffene durch den Verweis auf die Psychiatrie und Therapie als herrschaftsstabilisierende Institution ein Vakuum, was die Unterstützungsarbeit anging.

Verschiedene Betroffenengruppen begannen sich in Selbsthilfe- und Betroffenen-Verbänden zu organisieren und eigene alternative Unterstützungssysteme aufzubauen. Vieles davon floss in die sogenannte Psychiatriereform. Diese zweite Bewegung wird häufig als die sogenannte ‚neue' psychiatriekritische Bewegung bezeichnet, welche sich im Gegensatz zur ‚alten' dadurch auszeichnet, dass Betroffene selbst versuchten, Alternativen aufzubauen und ihre eigene Stimme geltend zu machen. Gerade bezogen auf alternative Unterstützungskonzepte wurde sich viel an psychiatriekritischen und antipsychiatrischen Bewegungen aus den Niederlanden und Italien orientiert.

Das Projekt Weglaufhaus ‚Villa Stöckle' in Berlin, eine betroffenenkontrollierte und selbstverwaltete Kriseneinrichtung in der auch begleitet Medikamente abgesetzt werden und die eigenen Krisen begleitet durchlebt werden können, die feministische Therapie, die besonders patriarchale Einflüsse auf Krisensituationen betrachtet oder verschiedene Formen des ‚radical Peer Support' und der ‚Radikalen Therapie' sind Beispiele für neu entstandene emanzipatorische Unterstützungsansätze.

Und heute? Alles gut?
Innerhalb der linken Bewegung, habe ich das Gefühl, gibt es zwei unterschiedliche Hauptmeinungen zum Thema psychosoziale Krisen und Unterstützung.

Dabei gehen einige davon aus, dass sich mit der Psychiatriereform die Verhältnisse in Deutschland deutlich verbessert oder sogar die Probleme gelöst hätten.

Die andere Position beinhaltet meist den Gedanken, dass die Kritiken formuliert wurden, sich aber real in dieser bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nichts verändern kann. Die Gesellschaft wird somit als gegeben und unveränderbar gesehen und letztendlich müssen die Betroffenen darin irgendwie selbst zurechtkommen.

Gemein ist beiden Positionen meist, dass nach wie vor als krank erklärtes Verhalten auf irgendetwas in einer Person verortetes projiziert wird und diese daher professionelle Hilfe benötigen würden. Entweder es heißt, die Person trage keine Verantwortung für ihre ‚Krankheit', da sie biologisch oder rein gesellschaftlich bedingt wäre, oder sie trüge die volle Verantwortung für ihr Tun. Beides führt dazu, dass Menschen in Krisensituationen vor allem an sog. ‚Professionelle' verwiesen werden.

www.pride-parade.de

Im Folgenden möchte ich versuchen, diese Entmystifizierung von dem was als ‚krankes Verhalten' gilt auf heute zu beziehen.

Da es zu lange dauern würde, auf jede einzelne Diagnose einzugehen und ich dies auch gar nicht kann, möchte ich versuchen, die Kritik an dem Begriff der ‚Geisteskrankheit' oder ‚psychischen Krankheit' darzustellen.

Für einige – auch einige Betroffene – stellt der Begriff der psychischen Krankheit einen positiven Bezug dar. Der Begriff der Krankheit beschreibt in dem Kontext vielleicht eine störende Eigenschaft, ein störendes Gefühl oder ein störendes Verhalten, welches man an oder in sich selbst nicht haben möchte. Die Analogie zur Krankheit ermöglicht eine Isolierung und Benennung des Störenden und impliziert, dass dieser Aspekt überwunden werden kann. Es kann Menschen erleichtern, überhaupt eine Umgangsform mit ihren Wahrnehmungen oder ihrem ungewollten Verhalten zu finden. Mir geht es nicht darum, irgendwem diese Form der Selbstbezeichnung abzusprechen.

Allerdings glaube ich, dass es ein Unterschied ist, ob Betroffene ihr Verhalten selbst als ‚krank' definieren oder ob dieser Begriff im allgemeinen oder von sog. Professionellen genutzt wird, um ein von außen nicht nachvollziehbares Verhalten oder einen Gemütszustand zu beschreiben. Besonders da es häufig so wirkt, dass meistens der Bezug nicht im Sinne einer Analogie – also eines Beispiels mit spezifischen ähnlichen Eigenschaften – sondern im Sinne einer Homologie – also Gleichsetzung – verstanden wird.

Dem Begriff der ‚Geistes- oder psychischen Krankheit' schwingt somit immer auch der Aspekt mit, hinter dem Verhalten würde etwas Festschreibendes liegen, welches das Verhalten des Menschen bestimmen würde. Dies geht meistens einher mit dem Gedanken, eine Person hätte nicht von sich aus die Möglichkeit das eigene Verhalten zu kontrollieren und müsse somit auch die Verantwortung für ihr Handeln nicht tragen. Der Begriff der ‚Krankheit' ist, wohl auch durch die geschichtliche Bedeutung, eng verknüpft mit den Naturwissenschaften und somit mit der Biologie des Menschen.

Bei einer biologischen Krankheit wird die Ursache des Leidens auf den Menschen verlagert und wird auch häufig darin gefunden. Durch die Assoziation einer Krisensituation mit der gängigen Vorstellung einer Krankheit entsteht leicht das Bild, auch die Ursache für das eigene Verhalten wäre irgendwie in der Person festgeschrieben. Die Ausdrucksform für die jeweilige Krankheit wird durch einen Begriff aus dem jeweils lokal akzeptierten Diagnostikhandbuch – bei uns das ICD 10 – benannt. Dabei ist wichtig zu betrachten, dass keinesfalls Einigkeit innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses über die Ursachen des Verhaltens besteht. Selbst der Präsident der American Psychiatric Association, welche das DSM herausgibt, Dilip Jeste, merkte in seinem Rundschreiben zur fünften Auflage an, dass den meisten psychiatrischen Diagnosen nach wie vor die wissenschaftliche Begründung fehlt .

Letztendlich wird also ein Verhalten durch eine Diagnose beschrieben und diese Diagnose dann als Synonym für die Ursache genutzt und behandelt.

Dies soll ungefähr so funktionieren, wie wenn ich eine Grippe habe und als der Auslöser für meine Symptome der Grippevirus gesehen wird. Im Falle von Verhalten wird somit für z. B. die Traurigkeit eines Menschen die Depression gesehen. Dabei setzen an dieser Stelle die unterschiedlichsten Definitionen an, was diese Diagnose denn nun ‚eigentlich sei'. Die Erklärungsmodelle reichen von einer medizinischen Betrachtung der biochemischen Vorgänge im Gehirn bis hin zu Erklärungsmodellen, was in der Kindheit alles schiefgelaufen sein soll.

Ich möchte gar nicht detailliert in die Kritik der einzelnen therapeutischen Strömungen einsteigen.

Gemein ist ihnen – meiner Meinung nach – dass der Ausgangspunkt für die weitere Behandlung diese Diagnose ist, welche letztendlich die Aussage enthält, ‚Ich als professionelle Person bewerte nach meiner Einschätzung und auf Basis deiner Äußerungen dein Verhalten und führe es auf eine bestimmte Ursache zurück'. Je nachdem welcher Ideologie angehangen wird, werden die Ursachen dann vereinfacht gesagt in der Biologie, im familiären System oder in einem nicht ausgewogenen ICH, ES und Über-ICH Verhältnis gesehen. Der Gedanke, nur durch diese Erklärungsmodelle und nur von außen durch Professionelle könne erklärt werden, was in einem Menschen vorgeht, ist meiner Meinung nach äußerst gefährlich und könnte im Zusammenhang mit dem durch die Arbeitsteilung entstandenen Gedanken stehen, nur Professionelle wären in der Lage effektiv unterstützen und helfen zu können.

Nun ist natürlich auch die Aussage, eine Diagnose würde nur von außen auferlegt werden, nicht immer zwangsläufig. Wenn jedoch die Bedeutung der sog. ‚Krankheitseinsicht' innerhalb von zwangstherapeutischen Einrichtungen oder anderen Hilfeplänen betrachtet wird, wird meiner Meinung nach deutlich, dass die Definitionsmacht über das eigene Sein in letzter Instanz eben nicht bei den Betroffenen und deren Leidensdruck liegt, sondern bei den sog. Profes-

sionellen zu verorten ist.

Wie gesagt sind die Ursachen für das Verhalten von Menschen komplex und ich will den Einfluss der Biologie auf das Verhalten nicht leugnen. Mein Asthma sorgt dafür, dass ich mich innerhalb einer Tränengaswolke anders verhalte als der Rest meiner Bezugsgruppe. Die Frage ist dann jedoch, ob ich im Weiteren mein Asthma als die Ursache für meinen Hustenanfall sehe, oder die Polizei die das Tränengas auf mich geschossen hat.

Während dieses Vorgehen bei einer physischen Krankheit teilweise Sinn ergeben mag, da es sich tatsächlich um biologische Vorgänge handeln kann, die bei mir zum Beispiel Magenprobleme verursachen, lässt sich das Verhalten und die Emotionen von Menschen nicht auf einen einfachen Ursache – Wirkungsmechanismus reduzieren. Wobei auch bei den physischen Krankheiten eine Betrachtung der sozialen Umstände eine häufig ausgelassene Notwendigkeit darstellt. Wenn ich zum Beispiel Magenprobleme aufgrund von containertem Essen habe, sind die gesellschaftlichen Zustände, die mir hochwertige Nahrung verwehren, sicher mitschuldig an meinen Magenproblemen.

Der Begriff der ‚psychischen Krankheit' impliziert jedoch genau diese Gleichsetzung von komplexen Ursachen, welche uns in unserem Verhalten beeinflussen, und mechanisch funktionierenden Systemen, wie zum Beispiel der Anatomie des Körpers. Dadurch wird die Hierarchie zwischen Betroffenen, die spüren, dass es ihnen nicht gut geht, und sog. Professionellen, die angeblich wissen was mit ihnen los ist, festgesetzt. Betroffene laufen somit immer Gefahr, die Möglichkeit, sich selbst zu definieren, zu verlieren.

Der Begriff der ‚psychischen Krankheit' verleitet somit schnell dazu, die Ursachen für die Krise eines Menschen in der Person selbst zu verorten, anstatt die gesellschaftliche Ebene zu berücksichtigen.

Buchempfehlung „Gegendiagnose" zur radikalen Kritik an Psychatrie und Psychologie: Bekommt ihr im Infoladen

Zurück zu meinen Ausgangspunkten am Anfang des Vortrages.

Was drücken wir also aus wenn wir sagen, dass eine Person, deren Verhalten wir für nicht nachvollziehbar, schädlich, gefährlich oder schlicht falsch halten, ‚krank' sei? Zum einen wird das Verhalten aus den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen gelöst, in denen es entstanden ist und welche unser aller Verhalten mitbeeinflussen. Dann wird die Ursache für dieses Verhalten weg von den gesellschaftlichen Verhältnissen und hin zu etwas in der Person Liegendem verschoben. Häufig ist es dann deren Biologie oder deren ‚freie' Entscheidung, die falsch sei. Mit dem ersten Fall geht häufig eine Absprache der eigenen Verantwortung für die eigenen Handlungen einher. Im zweiten Fall wird zwar die Verantwortung der Betroffenen für ihr Verhalten betont, aber die gesellschaftlichen Ursachen ignoriert, die die Betroffenen in diese Situation versetzt hat.

Der Verweis auf eine angenommene ‚Krankheit' läuft somit immer Gefahr, anschlussfähig zu sein für eine Absprache der eigenen Verantwortung für das Handeln oder für das Ignorieren der gesellschaftlichen Ursachen.

Dabei geht es mir nicht nur darum auf die gesellschaftlichen Ursachen hinzuweisen, sondern auch darum auf ein Nicht Verhalten der radikalen-linken Aufmerksam zu machen. Damit beziehe ich mich zum einen auf die eigenen Denkmuster, wenn es um ‚gesundes' und ‚krankes' Verhalten geht, als auch auf das Versäumnis emanzipatorische Alternativen aufzubauen und uns solidarisch zu positionieren. Während wir bereit sind Geflüchtete zu unterstützen und Unterstützungsgruppen aufbauen, die Menschen zu Ämtern etc. begleiten, besteht unsere Solidarität in Bezug auf psychosoziale Krisen meistens eher im Aushalten und Ignorieren, zumindest solange bis wir es nicht mehr können und Betroffene dann rausschmeißen und an sogenannte ‚Professionelle' verweisen. Der Weg vom Aushalten bis zum Rausschmiss scheint mir dabei häufig auf der einen Seite mit stetigem Entschuldigen von grenzüberschreitenden Verhalten mit Verweis auf die ‚Krankheit', stigmatisierenden Zuschreibungen und Belehrungen geprägt zu sein.

Gerade innerhalb der BRD gibt es nach wie vor kaum Alternativen zu einem Hilfesystem, deren Nutzer_Innen in letzter Konsequenz immer Gefahr laufen, ihr Recht auf Selbstbestimmung verweigert zu bekommen. Schauen wir in andere Länder, wie zum Beispiel Schweden, die Niederlande oder Italien, findet sich ein durchaus weiter gefächertes Unterstützungssystem.

Ein Vortrag von: *Alex Steinweg*

Audioversion des Vortrags im Alhambra vom 25.05.16 auf
www.oldenburger-rundschau.de

Vom Sinn und Unsinn der „GEWALTDEBATTE".

Ein Kommentar.

Vorbemerkung zur überarbeiteten Fassung

Dieser Text entstand im Herbst 2013, anknüpfend an ein Fachgespräch in der Friedensbewegung. Ob ich ihn heute noch genau so schreiben würde, weiß ich nicht. Zudem ist der Text primär für die Zielgruppe Friedensbewegung geschrieben worden und ursprünglich nicht in erster Linie für die potenzielle Leser_innenschaft dieses Blattes. Dennoch denke ich, dass er auch in diesem Zusammenhang interessant sein kann.

Der Text greift verschiedene Argumente der sogenannten Gewaltfreiheits- oder Militanzdebatte auf, ohne dabei den Anspruch auf eine vollständige Darstellung der Diskussion auf dem Fachgespräch, nach dem er entstand, oder in der Geschichte (deutscher) Sozialer Bewegungen zu erheben.

Aktuell ist die Kampagne „Ende Gelände", die vergangenes Jahr im Rheinland und dieses Jahr in der Lausitz erfolgreich mit einer Aktion massenhaften Zivilen Ungehorsams den Braunkohletagebau blockierte, ein Beispiel für gelingende, spektrenübergreifende Zusammenarbeit wie ich finde. Hier trainieren, protestieren und blockieren Aktivist_innen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen miteinander, ohne dass sich bisher zu stark an der „leidigen Gewaltfrage" aufgerieben oder gespalten wurde. Das macht Mut, denn wenn wir über die Gräben solcher Differenzen hinweg springen können, schaffen wir noch sicher einiges mehr!

„Gewaltdebatte? Gewaltfreiheit? Militanzdebatte? Nicht schon wieder!"

stöhnen viele Menschen, wenn es in politischen Bündnissen, zwischen Kleingruppen oder in theoretischen Diskussionen auf die unterschiedlichen Ansätze, Handlungsweisen und Überzeugungen zu sprechen kommt. Die Auseinandersetzung ist nicht neu, hat aber nach wie vor eine hohe Sprengkraft innerhalb linker sozialer Bewegungen. Dies zeigte sich sicherlich schon in der unterschiedlichen Wahrnehmung dieses Textes: einige werden ihn als zu sehr pro Gewaltfreiheit empfinden, andere wiederum als zu sehr Gewalt relativierend und bejahend. Zudem wird immer wieder in Debatten, Veranstaltungen oder Texten die hohe Emotionalität spürbar, die mit der sogenannten „Militanzdebatte" und den Unstimmigkeiten um Konzepte der Gewaltfreiheit einhergeht. Das Thema scheint Aktivist_innen stark zu bewegen. **Die immer wiederkehrenden Debatten mögen zwar anstrengend und nervenaufreibend sein, die Differenzen können jedoch kaum ignoriert werden.** Spätestens in der Bündnisarbeit oder wenn in Demonstration oder Aktionen Konflikte innerhalb oder zwischen unterschiedlichen Aktivist_innen und Gruppen auftreten, muss sich erneut über die verschiedenen Herangehensweisen auseinandergesetzt werden.

Beispiel: Ein kurzer Dialog auf dem Fachgespräch, in dessen Kontext dieser Text ursprünglich entstand, zwischen Hanna Poddig auf dem Podium und einem Teilnehmer im Publikum zeigte, dass die Debatte immer wieder geführt werden muss. Der Teilnehmer aus der Friedensbewegung äußerte sich überrascht darüber, dass Aktivist_innen anderer Spektren Gewaltfreiheit als dogmatisch vertretenes Konzept wahrnehmen. Hanna Poddig auf dem Podium wiederum erstaunte die Tatsache, dass dies dem Teilnehmer neu war. – Es scheint also immer wieder fruchtbar sein zu können, sich zwischen verschiedenen Spektren über den Umgang mit Gewaltfreiheit zu verständigen.

Doch linke soziale Bewegungen spalten sich selbstverständlich nicht nur an der „Gewaltfrage". Differenzen bestehen beispielsweise auch in der Frage, wie radikal die Ziele der jeweiligen Spektren sind. Hier scheiden sich zum Beispiel reformistische und revolutionistische Ansätze: Soll in erster Linie oder sogar ausschließlich ein bestimmtes Gesetz abgeschafft werden und das gesamte Regierungs- oder Gesellschaftssystem als solches nicht in Frage gestellt werden? Oder zielt der Widerstand auf die Abschaffung des jetzigen Regierungs- oder Gesellschaftssystems ab und es wird ein anderes, freieres, zum Beispiel anarchistisches, Gesellschaftssystem angestrebt? Die Gewaltfrage ist also nur EINER von mehreren Streit- und Spaltungsgründen in linken sozialen Bewegungen, doch um die Gewaltfrage geht es in diesem Kommentar.

Um hier verschiedene Argumente aufzuzeigen und – teilweise sehr subjektiv – zu kommentieren, behandelt der Text verschiedene Aspekte: Er gibt zuerst einen Einblick in die Gewaltfreiheits- oder Militanzdebatte und argumentiert für eine differenziertere gegenseitige Kritik. Er reißt an, was unter Militanz verstanden werden kann, welche Definitionen von Gewalt und Gewaltfreiheit den Debatten zugrunde liegen und wie mitunter für einen differenzierten Einsatz von Gewalt argumentiert wird. Auch die Frage nach Dogmatismus und dem Umgang mit den Argumenten und Handlungsweisen der jeweils anderen Spektren wird aufgeworfen. Letztendlich geht es in diesem Text darum, wie verschiedene Aktionsformen koexistieren können, sich voneinander trennen lassen und wie es weitergehen kann – sowohl in der diskursiven Auseinandersetzung um die Gewaltfrage in linken sozialen Bewegungen, als auch konkret in Aktionen.

Meine Perspektive als Mitarbeiterin in einer Organisation der Friedensbewegung und sich als linksradikale Aktivistin und Aktionstrainerin verstehend, gibt mir vielleicht einen Einblick in verschiedene Argumente und Einstellungen unterschiedlicher Aktionsspektren. Das mag diesen Text eventuell stellenweise in sich kontrovers, inkon-

sistent oder „zwanghaft friedseelig“ erscheinen lassen. Diese Widersprüche im Text spiegeln wahrscheinlich meine eigenen Zerrissenheiten, Verwirrungen und Unsicherheiten im Bezug auf die Gewaltfreiheitsdebatte wider.

Gewaltfreiheits- oder Militanzdebatte

„Ob Gewalt akzeptiert und was alles unter Gewalt gerechnet wird, ist seit Jahrzehnten Spielball der Hegemonialkämpfe in politischen Bewegungen“. Dabei geht es unter anderem darum, wessen Norm gilt und wie sie ausgelegt wird. Am Gewaltfreiheitsbegriff und -konzept scheiden sich in vielen sozialen Bewegungen daher die Geister: Während für bestimmte Einzelpersonen, Gruppierungen und Netzwerke Gewaltfreiheit die zentrale Handlungsmaxime ihrer Aktionen ist, fühlen sich andere durch das Konzept in ihren Handlungsformen und Bündnissen eingeschränkt. Sie lehnen unter anderem deshalb den Gewaltfreiheitsbegriff, beziehungsweise die Festlegung auf ein gewaltfreies Handlungsspektrum ab. Dies wurde nicht nur auf einem Fachgespräch in der Friedensbewegung 2013 deutlich, sondern ist in diversen Texten dokumentiert (siehe u.a. Quellen unter diesem Text).

Kritik? Ja, gern! Aber differenziert, bitte!

So alt die Debatte auch ist, in vielen Diskussionen und Texten wird ohne differenzierte Bezugnahme aufeinander argumentiert. So schreibt Renate Wanie zum Beispiel in einem ihrer Texte *„(...) Steine werfen spaltet die Friedens- und Antikriegsbewegung. Wer Gewalt zulässt, zerstört die Glaubwürdigkeit der Bewegung (...)“.* Sie scheint in ihrem Text die Ablehnung des Begriffes „Gewaltfreiheit“ im Aktionskonsens mit Steine-werfen gleichzusetzen.

Auf dem Podium beim Fachgespräch argumentierte Hanna Poddig, sie könne Gewaltfreiheitsaktivist_innen nicht ernst nehmen, wenn sie zum Beispiel in Sitzblockaden nicht wollten, dass Feuer angezündet werde, um sich zu wärmen, weil sie dies per se als Gewalt sehen würden. Das habe sie selbst so erlebt.

Beide oben genannte Argumente von Renate Wanie und Hanna Poddig zeugen für mich nicht von dem Versuch, sich gegenseitig verstehen zu wollen. Pauschal allen Aktivist_innen, die sich nicht als explizit gewaltfrei bezeichnen, zu unterstellen, in Aktionen (unüberlegt) Steine zu werfen, ist undifferenziert. Und von einer Einzelmeinung in einer Sitzblockade – Feuer sei per se Gewalt – darauf zu schließen, dass die gesamte gewaltfreie Bewegung dies so sehe, scheint mir sehr verkürzt gedacht.

Statt sich also an Formulierungen wie „sind wir gewaltfrei oder nicht?“ aufzureiben, die sich u.U. an Pauschalisierungen fest machen, sollten konkrete Bedenken, Ängste, Befürchtungen und Motivationen ausgetauscht werden. Konkret zu formulieren „was wir tun werden“ und „wie wir es tun werden“ anstelle sich auf Begriffe wie „Gewaltfreiheit“ zurück zu ziehen, unter denen unterschiedliche Menschen unterschiedliches verstehen, kann der Verständigung beitragen und in moderierten Sprecher_innenräten oder Delegiertenplena geschehen.

Doch welches Verständnis kann hinter „Gewaltfreiheit“ und „Militanz“ eigentlich stecken, wenn diese Begriffe kursieren?

Was ist eigentlich „Militanz“?

Militanz wird von Medien oft synonym mit „gewaltbereit“ oder „Steine werfender schwarzer Block“ verwendet. Ursprünglich stammt der Begriff von militare (lat.: als Soldat dienen) ab. Im romanischen und angelsächsischen Sprachraum steht „militant“ für politisch aktiv, das Verhältnis zur Gewalt ist kein Kriterium für die Bezeichnung. Im „ABC der Alternativen“ definiert Ulrich Brand Militanz als eine bestimmte Art von Politik, die strategisch die Mittel oder Aktionsformen bestimmt, sie dabei ständig korrigiert und auf Zielvorstellungen anpasst. Dabei legt sie sich weder auf Gewalt noch Gewaltlosigkeit fest, sondern auf politische Effizienz und Zielgerichtetheit.

In der politischen Praxis kann mitunter eine Art „Militanz-Fetisch“ unterstellt werden: ein unreflektierter Umgang mit Gewalt, bestimmten Dresscodes und plakativen Außendarstellungen. Das Gewaltmonopol des Staates und die Aktionsformen militanter Aktivist_innen scheinen mitunter plötzlich ähnliche Elemente zu haben, wenn mitunter sowohl die Polizei als auch Aktivist_innen mit Verletztenlisten „prahlen“ und versuchen, durch martialisches Auftreten Eindruck zu machen und Macht zu demonstrieren. Wenn statt „Rumgemackere“ und Stärkekult, inhaltliche Vermittlung politischer Aktionsformen im Vordergrund steht, ist politische Aktion mehr als Vandalismus.

Ein differenzierter Einsatz von Gewalt?

So argumentieren sich als militant verstehende Aktivist_innen oft für einen differenzierten Einsatz von Gewalt. Gewalt solle bewusst und überlegt angewendet werden, wenn sie als notwendig angesehen werde und nicht aus eigener Hilflosigkeit oder als Selbstzweck.

Zudem ist die Frage, ob sich weder Militanz noch Gewaltfreiheit pauschal und unabhängig von der Situation als schlecht oder als gut betrachten lassen. Gewalt wird meistens als per se schlimm wahrgenommen, wenn sie von der anderen – von der „falschen“ – Seite angewendet wird. Aber gibt es den „richtigen“ oder „guten“ Einsatz von Gewalt? Und wer kann entscheiden wann sie angebracht ist? Ist Gewalt von Linken weniger schlimm als die von Faschist_innen? Wäre es denn falsch gewesen, wäre Hitler recht früh bei einem Attentat ums Leben gekommen?
Der Aktivist Jörg Bergstedt z.B. differenziert hier die Form und Stoßrichtung der Gewalt:

- Befreiende Gewalt vs. unterdrückender Charakter von Gewalt.
- Entschlossenes Entgegenstellen gegen Rassismus vs. verprügeln Nichtdeutscher.

Militante Aktionen erheben in Bergstedts Betrachtung den Anspruch keinen Selbstzweck zu verfolgen oder von Ohnmacht angetrieben zu sein, sondern sind strategisches Mittel zur Beendigung bestimmter unerwünschter Verhältnisse. Sie sollen dazu dienen, nachdrücklich politische Forderungen zu vermitteln (manchmal symbolisch) oder direkt umzusetzen, wie z.B. beim Zerstören von Genversuchsfeldern, Sabotageaktionen an Schienen, Straßen und Bahneinrichtungen, oder bei Gemüse- oder Tortenwürfen auf Menschen. Ersetzbar ist Gewalt hierbei, wenn sie durch andere, weniger Men-

schen gefährdende oder weniger zerstörerische Mittel substituiert werden kann, sprich die gleiche politische oder gesellschaftliche Wirkung erzielt. Oder wenn bessere, gleiche oder wenigstens ausreichende Ergebnisse ohne gewaltsame Aktionen erzielt werden könnten.

Gewalt wird hier als Methodik verstanden, angemessen in bestimmten Situationen, wenn sie auf die gewünschte inhaltliche Vermittlung abgestimmt sei. Sie müsse zudem über Zielgenauigkeit verfügen, wirksam im Bezug auf die geplante Zielerreichung sein und Strategien der Kooperation und Integration in Konzepte vielfältigen Nebeneinanders verschiedener Aktionsformen enthalten. Da Gewalt so zerstörerisch sei und es in der Natur der Sache liege, dass die Folgen oftmals nicht mehr rückgängig zu machen seien, müsse militantes Vorgehen besonders gut geplant und abgewogen werden. Dies sieht Jörg Bergstedt dabei nicht als Argument gegen Gewalt, sondern als Aspekt, der bei militanten Aktionsformen bedacht werden müsse. Militanz planen und kritisch hinterfragen, sei hier die Devise, was in der Praxis militanter Aktionen oftmals jedoch nicht erfüllt werde.

Doch genau wegen dieser Schwierigkeit lehnen Menschen, die Bergstedt „das gewaltfreie Lager“ nennt, jegliche Form von Gewalt in Aktionsformen ab, wie beispielsweise Laubenthal und Richter in ihrem Text „Gedanken zur Spektrenübergreifenden Zusammenarbeit“ (2009) . Gewalt sei eben nicht „berechenbar“ einsetzbar, so ihr Argument und zudem werde Gewalt seit Jahrtausenden damit gerechtfertigt, dass sie in bestimmten Situationen angeblich legitim sei. Das sei die Begründung für die Existenz von Gefängnissen, für unterdrückende Methoden der Kindererziehung und Kriege. *„Gewalt ist eine soziale Verhaltensweise, die subjektiv aus der Sicht des Täters in aller Regel sinnvoll und gerechtfertigt erscheint“.* Aus dieser Argumentationsweise heraus ist es konsequent zu sagen, dass nur gewaltfreie Aktionsformen zu einer gewaltfreien, hierarchiefreien Gesellschaft führen können.

Bei dieser Argumentation bleibt jedoch mitunter unklar, was genau die Art von Gewalt ist, die in der Aktionsform nichts zu suchen hat.

Undifferenzierte Gewaltfreiheit?

Besonders gewaltfreien Aktivist_innen wird vorgeworfen, sie definierten nicht klar für sich, was Gewalt und was Gewaltfreiheit seien. Jedoch zeugt die gesamte Militanz- und Gewalt(freiheits) debatte auf allen Seiten nicht von differenzierter Argumentation. Der Vorwurf der unzureichenden Definition von Begriffen und Konzepten ließe sich verschiedenen gewaltfreien und gewaltfreiheitskritischen Aktivist_innen machen.

Die Gewaltfreie Aktion bewegt sich durchaus in einem Widerspruch, der an der Frage der Definition von Gewalt und Gewaltfreiheit deutlich wird: Auf der einen Seite legt die Gewaltfreie Aktion in der gesellschaftlichen Analyse einen weiten Gewaltbegriff zu Grunde. Dieser schließt beispielsweise strukturelle Gewalt mit ein (siehe Johann Galtung), zu der auch gesellschaftliche, indirekte Unterdrückungsmechanismen, Armut und andere Faktoren zählen. Auf der anderen Seite bezieht sich Gewaltfreiheit in Aktionen hingegen meist auf einen engen Gewaltbegriff. Dieser bezieht sich zum Beispiel auf interpersonale oder auch physische Gewalt, wie beispielsweise gegenüber Polizei oder Nazis handgreiflich zu werden. Diese Art der Gewalt lehnen, sich als gewaltfrei bezeichnende Aktivist_innen konsequent ab. Entweder aus einer Grundüberzeugung und Lebenshaltung heraus oder strategisch begründet, weil gewaltfreie Ansätze nachgewiesen langfristig wirksam sind. Dieser Widerspruch zwischen der Verwendung von engem und weitem Gewaltbegriff je nach Situation, mag in der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Spektren verwirren und sollte mehr diskutiert werden. Ist nach einem weiten Gewaltbegriff eine Sitzblockade nicht auch Gewalt, da sie andere Menschen daran hindert sich frei zu bewegen und ggf. auch psychischen Druck ausübt?

Wer definiert, was genau gewaltfreies Handeln in einer Aktion ist? So hat z.B. der Staat ein Interesse daran, Sitzblockaden oder andere Aktionsformen als Gewalt zu bezeichnen, um eine Handlungslegitimation gegen Aktivist_innen zu haben. Der Staat rechtfertigt gewaltvolles Eingreifen mitunter mit angeblich gewaltvollem Handeln seitens der Aktivist_innen. Dabei definiert der Staat sein eigenes – aus links-aktivistischer Sicht oft gewaltvolles – Handeln oft als „gewaltfrei“. Mindestens strukturell kann hier von Gewaltfreiheit nicht die Rede sein und spätestens wenn die Exekutive in Form der Polizei auftritt sowieso nicht mehr. Ist eine gewaltfreie Aktion dann noch gewaltfrei?

Mit solchen Fragen, ob eine Sitzblockade im Lichte eines weiten Gewaltbegriffes Gewalt sein kann, wessen Gewaltdefinitionen verwendet werden und wer im Zweifel die Definitionshoheit über Gewalt und Gewaltfreiheit hat, haben sich meines Wissens bisher wenige „gewaltfreie Menschen“ befasst.

Undifferenzierte Argumentationsweisen kommen in allen Aktionsspektren vor, nicht nur im gewaltfreien. **Es kann jedoch in Protestbewegungen nicht vorausgesetzt werden, dass Aktivist_innen jegliche ihrer (möglichen) Handlungen theoretisch und analytisch erschöpfend durchdrungen haben müssen und ihren Ansatz umfassend argumentativ vertreten können, um sich in Aktionen gesellschaftlichen Verhältnissen widersetzen zu dürfen.** Sprich, auch wer vielleicht nicht klar hat, was sie_er unter Gewaltfreiheit versteht, kann Bedenken an Handlungsweisen äußern. Wenn also im Rahmen einer Aktion geäußert wird „ich fühle mich mit xy“ unwohl, ist es hilfreicher dies nicht als „ach, die Gewaltfreien wieder“ abzuschmettern, sondern zu verstehen, worum es konkret geht und eine Lösung zu entwickeln. So kann im Vorfeld genauer umrissen werden, welche Aktionsformen in einer Aktion für alle Beteiligten mittragbar sind und dies kann in einem Aktionskonsens fest gelegt werden. In der Aktion selbst wird sich möglichst an den Konsens gehalten – Zweifel daran können später in Ruhe ausgewertet werden.

Gewaltfreiheit nur symbolisch?

Über gewaltfreie Aktionsformen ist immer wieder zu hören und zu lesen, sie würden nur symbolische Einmalaktionen oder „Begleitfolklore“ wie Lichter-

Erstürmung des Kraftwerks „Schwarze Pumpe“ bei Ende Gelände 2016 in der Lausitz: Der „spontane“ Entschluss zu dieser Aktion

ketten oder Mahnwachen beinhalten. Dies mag auch immer wieder zutreffen. Sitzblockaden bei Eiseskälte über mehrere Tage mit brutalen Räumungen von Seiten der Polizei oder spektakuläre Ankettaktionen, die beide hohe Kosten für den Staat verursachen, werden bei diesen Abwertungen jedoch oft unterschlagen. Die vielfältigen Formen gewaltfreier Aktion, aufgelistet von Gene Sharp , beinhalten nicht ausschließlich „Latschdemos“. Teilweise werden Aktionsformen (wie beispielsweise das Anketten) sowohl als Teil Gewaltfreier Aktion, als auch von „gewaltfreiheitskritischen“ Aktivist_innen verwendet.

Aktive Gewaltfreiheit ist ein Aktionskonzept, das – anders als oft unterstellt – nicht in erster Linie Ohnmacht, sondern bewusster Entscheidung entspringt. Gewaltfreiheit kann strategischer Natur oder eine Lebensgrundhaltung sein. Dabei braucht es Überzeugung von der Aktion selbst und viel Durchhaltevermögen, um trotz Wasserwerferbeschusses in einer Sitzblockade zu bleiben. Und vor allem auch einen langen, oft jahrelangen Atem in gewaltfreien Kampagnen, wo eben nicht bei ausbleibendem Erfolgt zu gewaltförmigen Mitteln gegriffen, sondern kontinuierlich weitergemacht wird, gemäß der Devise „der stete Tropfen höhlt den Stein“. Ohnmacht ist in jedem Fall kontraproduktiv zur Erreichung politischer Ziele – sowohl durch Militanz als auch durch Gewaltfreiheit. **Einen Kausalzusammenhang zwischen Ohnmacht und Gewaltfreiheit finden zu wollen, ist ebenso wenig fruchtbar wie die Suche nach dem Kausalzusammenhang zwischen Militanz und Steine werfen.**

Dem Argument, „es gibt keine gewaltfreien Aktionen, da wir in einer gewaltvollen Gesellschaft leben und Gewalt ausgeübt wird, sobald die Polizei anrückt“ kann widersprochen werden: Es geht hier um die gewaltfreie Aktion der Aktivist_innen, nicht um die Gesamtsituation oder die Gesellschaftslage. Menschen können gewaltfreies Handeln anstreben und von sich aus Handlungen anwenden, die sie als möglichst gewaltfrei ansehen – auch wenn Andere um sie herum Gewalt anwenden. Das gewaltfreiheitskritische Argument, dass Aktivist_innen nur gewaltfrei handeln und auch Andere darum bitten können, wenn sie jegliche Form von Gewalt aus ihrem eigenen Leben und Umfeld verbannen (Produktionsverhältnisse, Sexismus, Rassismus, ...), halte ich für nicht haltbar. Es ist möglich, in einer gewaltvollen Gesellschaft gewaltfrei handeln zu wollen und dies zu versuchen. Ebenso ist es möglich, in einem kapitalistischen System möglichst antikapitalistisch zu leben oder in einer patriarchalen Gesellschaft Sexismus zu kritisieren und im eigenen Umfeld oder darüber hinaus patriarchale Strukturen und Handlungen herauszufordern. Kaum jemand wird konsequent in der sofortigen, unmittelbaren und erfolgreichen Umsetzung der eigenen Utopien sein – das entspricht weder individuellen Möglichkeiten noch gesellschaftlichen Realitäten. Das rechtfertigt jedoch nicht, gar nicht erst anzufangen, nach der eigenen Überzeugung zu leben. Denn das würde bedeuten, von vornherein gegenüber den realpolitischen Gegebenheiten zu kapitulieren. Wahrscheinlich IST niemand gewaltfrei, einige Menschen versuchen aber, gewaltfrei zu handeln – so gut es in dieser Gesellschaft eben geht.

Was ist dogmatisch?

Gewaltfreiheit kann dabei eine Art Querschnittsthema sein, gesellschaftspolitisches Ziel an sich oder eine Grundüberzeugung und Lebensweise. So kann mit gewaltfreien Mitteln und Aktionen ein politisches Ziel verfolgt werden. Gewaltfreiheit kann aber auch das Ziel selbst sein – in Form einer möglichst gewaltfreien Gesellschaft zum Beispiel. Wenn dies das Ziel ist oder eine möglichst gewaltfreie Lebensweise die Grundüberzeugung, geht das über die Verwendung von Gewaltfreiheit als strategischem oder taktischem Mittel hinaus (siehe andere Texte in dieser Publikation). Schwierig zu verhandeln wird es, wenn Gewaltfreiheit für einige Aktivist_innen das Ziel oder der Inhalt ihres politischen Handelns ist, für andere jedoch „nur“ eine Aktionsform unter mehreren.

Überzeugungen können auch zu Dogmen werden und damit zum Beispiel die Zusammenarbeit oder Solidarität mit anderen Aktionsspektren verhindern. Dogmatismus wird insbesondere „den Gewaltfreien“ immer wieder vorgeworfen „Hauptsache gewaltfrei, egal wofür, egal mit welchem Ergebnis“ lautet ein Vorwurf gewaltfreien Aktionskonzepten gegenüber. Laubenthal und Richter antworten darauf, dass ein Dogma

„(...) ein Glaubenssatz [ist], der nicht mehr hinterfragt werden darf. Wir lassen uns gerne hinterfragen. Unsere Überzeugung, dass

führte im Anschluss zu einer Debatte um den Aktionskonsens von Ende Gelände

aktive Gewaltfreiheit der beste Weg zu politischer Veränderung ist, ist aus Erfahrung und Nachdenken gewachsen, nicht aus religiöser Überlieferung."

Beim Hinterfragen und in Frage stellen, kommt es aber auf den Ton an – zumindest wenn eine Perspektive auf Zusammenarbeit bestehen soll. Und **letztendlich wollen wir doch gemeinsam eine hierarchiefreiere, gewaltfreiere Gesellschaft, oder?**

Der Ton macht die Musik...

Wollen sich Bewegungen oder Teile davon nicht spalten (lassen) und wollen Spektren einander gegenüber solidarisch sein oder sogar zusammen arbeiten, sind Schubladendenken, Pauschalargumente und verletzende Formulierungen auf beiden Seiten kontraproduktiv. Formulierungen wie „das Gelall der Gewaltfreien" oder „Gewaltfreiheit ist eine fundamentale Wahrheit" bilden keine Basis zu einer spektrenübergreifenden Zusammenarbeit, was von den Formulierenden vielleicht auch nicht gewollt ist. Ebenso bringen Schubladen durch Bezeichnungen wie „Gewaltfreies Lager" oder „Steinewerfer" nicht weiter.

Sollte eine Zusammenarbeit, oder zumindest der Versuch, sich nicht spalten zu lassen, gewollt sein, ist es wichtig, sich gegenseitig konstruktiv zu kritisieren, sich immer wieder mit der „leidigen Gewaltfrage" auseinanderzusetzen und **Andere nicht für Ihre Aktionsformen zu verurteilen. Es sei denn, eine Zusammenarbeit wird gar nicht angestrebt.** Denn offensichtlich gibt es auf allen Seiten immer wieder einen recht unreflektierten Umgang mit eigenen Überzeugungen, einem eigenen „Wahrheitsanspruch" oder den eigenen Aktionsformen. Um sich als Bewegung nicht spalten zu lassen, dürften sich beide Seiten gegenseitig nicht für ihre Haltungen, Aktionen und Aktionsformen verurteilen, sondern lediglich die Handlungen der Anderen so sachlich wie möglich kritisieren. Sollten die Differenzen nicht überbrückbar sein, so dass eine gemeinsame Bündnisarbeit möglich erscheint, kann die Entscheidung zwar gegen eine explizite Zusammenarbeit fallen. Jedoch lässt es sich unter Umständen nicht vermeiden, dass verschiedene Spektren in einer Demo stehen oder sich auf einer Aktion befinden und sich über unterschiedliche Aktionsformen auseinandersetzen müssen – ob sie wollen oder nicht.

Sich erst zu fragen „was möchte ich tun, wie will ich es tun und wo sind meine persönlichen Grenzen?" ist der Anfang jeder Aktion. In Bündnissen oder großen Aktionen den verschiedenen Aktivist_innen zuzuhören, zu versuchen, ihre Bedenken, Wünsche, Ängste und Argumente zu hören und zu verstehen, ist vielleicht ein Schritt in Richtung weniger gegenseitiger Verurteilung. Das ist schwierig zu erreichen, besonders wenn auf beiden Seiten Grundüberzeugungen dazwischen stehen. Laubenthal und Richter schließen ihren Text „Gedanken zur Spektren übergreifenden Zusammenarbeit" nach einer differenzierten Argumentation mit dem Satz *„Wer Gewalt anwendet, bietet Rechtfertigung für Gewalt. Deshalb haben wir uns für Gewaltfreiheit entschieden".* Aus der eigenen Überzeugung und Grundhaltung der Autor_innen heraus ist dieser Ansatz überzeugend und legitim. Mit seinem Anspruch auf den „besseren" Weg jedoch, wäre ein solcher Abschlusssatz vermutlich nicht hilfreich um Gräben zu überbrücken.

Andersherum, wer Demonstrationen, Mahnwachen und Unterschriftenaktionen schlecht redet, diffamiert gewaltfreie Aktionen unter Umständen. Dies sind oftmals niedrigschwellige Aktionen, die auch für Menschen zugänglich und offen sind, die sich Anketten oder Sitzblockaden nicht zutrauen, die so etwas körperlich nicht können oder ihre körperliche Unversehrtheit nicht riskieren möchten. Wer dies schlecht macht, missachtet unter Umständen, dass niedrigschwellige Aktionen der Einstieg zu einer Politisierung sein können. Daher wäre hier meiner Meinung nach eine vorsichtigere Ausdrucksweise gegenüber „langweiligen" und „ungefährlichen" Aktionsformen angebracht, denn sie haben Potenzial zu Inklusion und massenhafter Beteiligung, die militantes Vorgehen unter Umständen wegen der hohen persönlichen Kosten oder Anforderungen an körperliche Fitness nicht hat. Zudem sind sie nachgewiesen wirkungsvoll, wie Stephan und Chenoweth in ihrer Studie zum Erfolg gewaltfreier Aufstände belegen. Leider ist die Kritik an diesen Ansätzen häufig wenig fundiert und kommt über den Dogmatismus- und Spaltungsvorwurf kaum hinaus.

Menschen für ihre Gewalt moralisch verurteilen?

Auf der anderen Seite ist der Schritt

zwischen Kritik an nicht-gewaltfreien Aktionsformen und deren Verurteilung nicht weit. Dies kommt insbesondere in der internationalen Zusammenarbeit zum tragen, wie die Debatte um *„Adopt a Revolution“* gezeigt hat und zeigt. Hier wurde und wird diskutiert, ob es aus gewaltfreier Sicht legitim sei, Aktivist_innen im Ausland mit Geld zu unterstützen, die sich ihrerseits nicht von bewaffnetem Kampf anderer Gruppen distanzieren.
Wir könnten vorsichtiger damit sein, Menschen in extrem gewaltvollen Situationen zu verurteilen, wenn sie sich selbst verteidigen, weil sie um ihr Leben fürchten. Denn weiße Westeuropäer_innen aus bildungsbürgerlichen Verhältnissen können unter Umständen nicht nachvollziehen, was Menschen in Kriegs- oder Gewaltsituationen empfinden. Können wir sie be- und verurteilen, wenn Menschen sich mit Gewalt wehren, wenn es um ihr Leben geht? Sie können diese Menschen in ihren eigenen Kämpfen unterstützen und ihnen Handlungsoptionen bieten. Dabei kann – und das wäre aus gewaltfreier Sicht wünschenswert – gewaltfreies Handeln herauskommen, ist aber die Entscheidung der betroffenen und involvierten Menschen selbst.

Aktionsformen ko-existieren lassen, voneinander trennen oder verurteilen?
Wie können aber verschiedene Aktionsformen zusammengehen oder nebeneinander existieren? Laubenthal und Hans-Peter Richter schreiben dazu: *„Aktive Gewaltfreiheit kann nicht funktionieren, wenn sie mit gewaltsamen Formen des Widerstandes zusammen angewandt wird oder wenn diese auch nur angedroht werden“* und plädieren für eine klare räumliche und zeitliche Trennung von Aktionsformen:

„Vielleicht sollten wir die spektrenübergreifende Kooperation auf gut vorbereitete Aktionen zivilen Ungehorsams begrenzen - und bei Demonstrationen sagen: Dies hier ist die gewaltfreie Demo, Gewalt wird hier nicht toleriert, alle denen das zu eng ist, bleiben weg. Und das dort (anderer Zeitpunkt, anderer Ort) ist die Demo, wo alle Aktionsformen okay sind – diejenigen, die sich damit nicht wohlfühlen, bleiben weg.“

Dafür plädiert auch die, sich als militant verstehende, Gruppe „Landfriedensbruch“ in einem Text. Gewaltfreie Aktionsformen müssten nicht nur geduldet, sondern ihnen müsse aktiv Raum gegeben werden, damit sie auch zur Geltung kämen und sichtbar würden. Sie dürften nicht durch militante Aktionen zur gleichen Zeit am gleichen Ort unkenntlich werden. Daher wird oft schon vor Aktionen ein Aktionskonsens erarbeitet und veröffentlicht, damit die Aktivist_innen zur Aktion kommen, die sich daran halten wollen.

Dass die Polizei bei der militanten Demonstration voraussichtlich härtere Mittel anwendet, ist dann eine Folge, die sich wahrscheinlich nicht vermeiden lässt. Gewaltfreie Aktivist_innen möchten dabei nicht Schutzschild für militante Aktionen sein oder in der Aktion Grundsatzdiskussionen führen, ob ihre Haltung und Aktionsform eine Daseinsberechtigung hat. Wer militante Aktionsformen anwendet, muss auch selbst die Konsequenzen tragen und darf nicht Andere in Aktionsformen drängen, die diese nicht für legitim halten, nicht für zielführend oder sich vom Eskalationsgrad her nicht zutrauen. So viel Gestaltungsspielraum muss sein, ohne dass gewaltfreie Aktivist_innen per se als spalterisch verurteilt und delegitimiert werden. Andersherum sollten sich gewaltfreie Aktivist_innen nicht mit dem Bezug auf eine Art „höhere Wahrheit“ anmaßen, definieren zu können, was in der Aktion gewaltfrei ist und was nicht, und welche Aktionen stattfinden dürfen und welche nicht. Ein Aktionskonsens muss im Sprecher_innenrat oder Delegiertenplenum vor Aktionen erarbeitet werden. Thomas Fritz schreibt in seinem Artikel „Militanz als Strategie“dazu:

„Das symbiotische Verhältnis zwischen friedlichem und militantem Protest als solches wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, heißt noch lange nicht, Gewalt gut zu heißen oder gar die eigene Festlegung auf gewaltlosen Protest aufgeben zu müssen. Es heißt aber sehr wohl, sich nicht die Spaltung des Protests durch den Staat, dessen ideologische Begleitmusiker oder Medien aufzwingen zu lassen“.

Wie weiter?
Eine solche Haltung könnte eine Basis zur weiteren Diskussion um Solidarität, Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen darstellen. Denn wenn es darum gehen soll, gemeinsam andere gesellschaftliche Verhältnisse herzustellen, dann muss es innerhalb linker sozialer Bewegungen nicht darum gehen, wer die Guten und wer die Bösen sind, sondern wie beispielsweise gemeinsam der Kapitalismus oder die NATO abgeschafft oder eine herrschaftsfreie Gesellschaft aufgebaut werden kann.

Zur Verständigung darüber können „Übersetzer_innen“ zwischen verschiedenen Spektren hilfreich sein. Auch Moderation in der Vorbereitung von Aktionen und in Aktionen selbst, sowie Trainings zur Aktionsvorbereitung können Instrumente sein, verschiedene Standpunkte und Verhaltensweisen herauszuarbeiten und auszuprobieren. So können vielleicht mehr Aktionen entwickelt und durchgeführt werden, in denen gemeinsame Ziele mit unterschiedlichen Mitteln verfolgt werden können, ohne sich am Begriff „Gewaltfreiheit“ zu spalten. Dadurch könnten sich möglichst viele Menschen in sozialen Bewegungen engagieren, sich verschiedene Protestformen (zu)trauen und sich mit ihren Vorstellungen und Möglichkeiten für eine herrschaftsfreie (und vielleicht irgendwann einmal auch gewaltfreie) Gesellschaft einsetzen. Wenn verschiedene Spektren umsichtig miteinander umgehen und einzelne Menschen nach ihren persönlichen Überzeugungen und Grenzen handeln, können solidarische soziale Bewegungen entstehen. Diese können sowohl Spaltungsversuchen als auch der staatlichen Übermacht widerstehen. Dazu müssen Spektren sozialer Bewegungen nicht auf Biegen und Brechen zusammen arbeiten. Unterschiedliche Wege zu ermöglichen, ohne missionarisch zu versuchen Andere vom eigenen Ansatz zu überzeugen, oder destruktiv den Weg der Anderen anzugreifen, müsste doch irgendwie möglich sein.

Ich danke Hanna, Björn, Martin und Marc für ihre kritischen Anmerkungen an meinem Text!

von: Belaro

Quellen

Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Thimmel, Stefan (Hrsg.) (2007): ABC der Alternativen. VSA-Verlag, Hamburg. Online unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/ABC/ABC_der_Alternativen_Militanz_Vieh¬mann.pdf (abgerufen am 06.01.2014).

Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2011): Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict. Columbia University Press.

Ebert, Theodor (1983): Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg, Waldkirch, Waldkircher Verlagsgesellschaft.

Fritz, Thomas (2001): Militanz als Strategie. SoPos 255. 9/2001. Online unter: http://www.so¬pos.org/aufsaetze/3b9919a8ac56b/1.phtml (abgerufen am 06.01.2014).

Holloway, John (2008): Über Poesie und Revolution, In Kastner, Jens und Spörr, Bettina (2008): Nicht alles tun. Ziviler Ungehorsam an den Schnittstellen von Kunst, radikaler Politik und Technologie, UNRAST-Verlag, Münster.

IWPS: www.iwps.info und https://www.facebook.com/iwps.palestine (abgerufen am 13.01.2014).

Landfriedensbruch: „Gewaltfrei oder militant, wichtig ist der Widerstand!?! Diskussionspapier. Online unter: http://www.thur.de/philo/uvu/uvu44.html (abgerufen am 09.01.2014) oder http://www.projektwerkstatt.¬de/topaktuell/UVU/gewalt.pdf (abgerufen am 09.01.2014).

Laubenthal, Ulrike (2008): Ziviler und Sozialer Ungehorsam gleich Verweigerung plus Utopie?, In Kastner, Jens und Spörr, Bettina (2008): Nicht alles tun. Ziviler Ungehorsam an den Schnittstellen von Kunst, radikaler Politik und Technologie, UNRAST-Verlag, Münster, 77-85.

Laubenthal, Ulrike und Richter, Hans-Peter (2009): Gedanken zur Spektrenübergreifenden Zusammenarbeit. In Graswurzelrevolution 339. Online unter: http://www.graswurzel.net/339/na¬to3.shtml (abgerufen am 09.01.2014).

Marischka, Christoph und Wagner, Jürgen (2012): Bürgerkriegspatenschaft? Adopt a Revolution muss zur Gewaltfrage Farbe bekennen. IMI-Standpunkt 2012/021. In AUSDRUCK (Juni 2012). Online unter: http://www.imi-online.de/2012/04/05/burgerkriegspa¬tenschaft/ (abgerufen am 03.02.2014).

Projektwerkstatt Saasen: Gewalt: Notwendig oder Fetisch? Erschienen in Bergstedt, Jörg (2012): Freie Menschen in freien Vereinbarungen. „Gegenbilder zu Markt und Staat". Aus der Reihe „Fragend voran" im SeitenHieb-Verlag. Online unter: http://www.projektwerkstatt.de/debatte/gewalt_pro.html (abgerufen am 09.01.2014).

Sharp, Gene (1973): The Methods of Nonviolent Action In: Sharp, Gene (ed.) The Politics of Nonviolent Action. Manchester: Extending Horizons Books, Porter Sargent Publishers Inc. Online unter: http://www.aforcemorepowerful.org/resources/nonviolent/methods.php (abgerufen am 14.01.2014).

sh_e (2003): Performing the gap. Arranca! 28. Verfügbar: http://arranca.org/ausgabe/28/per¬forming-the-gap (abgerufen am 14.01.2014).

Tarrow, Sidney (1994): Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics, Cambridge, Cambridge University Press.

Belaro ist als Aktivistin, (Aktions-)Trainerin und Moderatorin in sozialen Bewegungen aktiv. Sie ist zudem Politikwissenschaftlerin und war drei Jahre lang Geschäftsführerin einer Organisation der Friedensbewegung.

Disconnect

Digitale Selbstverteidigung im Zeitalter von Smartphone, Facebook, Google und Co.

Der Umgang mit den modernen Kommunikationsmitteln ist wieder so ein Thema, dass insbesondere in linken Kreisen sehr unterschiedlich betrachtet und umgesetzt wird. Da gibt es jene, deren Alltag aus *Tor, Signal, PGP,* Festplattenverschlüsselung und dem Bestehen auf handyfreiem Politreffen – am besten Akku und SIM-Karte raus – besteht. Dann gibt es andere, die dich als paranoid und rückständig belächeln, weil du *Facebook* nicht benutzen willst und immer noch mit deinem Tastentelefon ohne Internet rumläufst. Ich denke, wir brauchen nicht über die Mehrheit der Gesellschaft reden, wo *WhatsApp* und *Facebook* unreflektiert als Standardkommunikation auf jedem Smartphone genutzt werden. Interessanter ist zunächst die Auseinandersetzung in der eigenen Szene, in der politisch korrekte Umgangsformen und ein reflektiertes Verhalten vorausgesetzt werden.

Meiner Erfahrung nach befinden sich die meisten linken Aktivist*innen irgendwo dazwischen, oft mit einer diffusen Meinung zu diesen Themen. Wieso sollte ich Facebook nicht benutzen? Wieso sollte ich für meinen Internetzugang *TOR* benutzen oder *Tails* als Betriebssytem einsetzen? *PGP* wird zwar oft zur E-Mail Verschlüsselung eingesetzt, aber fast genauso oft werden Passphrasen vergessen und betroffene Menschen haben vergessen, wie sie einen neuen Schlüssel generieren. Das zeugt nicht von einem bewussten Umgang mit den Technologien.

Ich gestehe ein: ein gewisses Desinteresse an diesem Thema ist so nachvollziehbar, wie die digitale Welt interessant ist. Computer und Smartphones sind zwar nette und wichtige Alltagsinstrumente, aber nicht so interessant und häufig zu komplex und unübersichtlich, dass mensch verstehen will, wie sie funktionieren, zu was mensch damit in der Lage ist, wie sie missbraucht werden können und wie sich mensch vor Missbrauch schützen kann.

Um damit anzufangen, sollten wir uns zunächst bewusst werden, wie dieser Missbrauch aussieht (aussehen kann – denn natürlich werden wir nicht ständig alle abgehört und nicht jeder Datenmüll von uns ist interessant). Im Gegensatz zur alten analogen Welt (einfach gesagt Stift + Zettel) macht es die digitale Welt einfach, persönliche Daten abzugreifen und zu sammeln, diese zu analysieren und weiterzugeben. Verflechtungen (z.B. soziale Kontakte), Profile und digitale Spuren werden mit Methoden der künstlichen Intelligenz automatisch ausgewertet und aufschlussreiche und verwertbare Informationen extrahiert. Interessant sind diese Daten zum einen für wirtschaftliche Interessen: privatwirtschaftlichen Organisationen, Internet Service Provider, Mobilfunkanbieter*innen, Mailprovider*innen, Internet-Werbeagenturen, Arbeitgeber*innen, etc! Dazu zählt auch der Zugriff von staatlichen Akteur*innen wie Geheimdiensten, Sozialbehörden, Ermittlungsbehörden, Finanzbehörden, Zoll, etc..

Deshalb, und das soll der Aufruf in diesem Beitrag sein, sollten wir uns alle über unser Verhalten in der digitalen Welt und dem Schutz unserer Privatsphäre, Anonymität, Dezentralität und Selbstbestimmung Gedanken machen. Widerstand ist auf allen Ebenen möglich und nötig. Auf der technischen Ebene können wir Kommunikation und Daten verschlüsseln, alternative Plattformen entwickeln und nutzen. Auf der politischen Ebene sind der Kampf gegen Vorratsdatenspeicherung, Überwachungsfirmen und der Diskurs über ein freies Internet wichtige Handlungsfelder. Und in der eigenen Szene sollten wir uns gegenseitig aufklären und helfen. Komplizierte technische Zusammenhänge sollten von Erfahrenen in verständlicher Form weitergegeben werden. Organisiert Skill-Workshops, macht Verschlüsselung zum Standard eurer Kommunikation und bleibt wachsam!

von: anonym

TOR: Ein Netzwerk zur Anonymisierung von Verbindungsdaten. Das Netzwerk dient dazu, dass Nutzer*innen im Internet mit einer verschleierten IP-Adresse auftreten können.

***Signal*:** Eine App für die verschlüsselte Kommunikation.

PGP/GnuPG: Wird zur Verschlüsselung von E-Mails eingesetzt.

Tails: Ein Linux-basiertes Betriebssytem mit dem Ziel die Privatsphäre und Anonymität zu schützen. Das System wird direkt, z.B. von einem USB-Stick, gestartet.

Teile des Beitrags wurden aus Band II von "Disconnect – keep the future unwritten" der Gruppe *capulco* übernommen (siehe nächste Seite).

Konferenz „Leben ist kein Algorithmus – Solidarische Perspektiven gegen den technologischen Zugriff“

30.9. - 2.10.16, alte Feuerwache, Köln

Ausschnitt dem vorläufigen Programm (Vorträge, Workshops, Diskussionen):

- Grenzen und Regime überwinden – mit und ohne soziale Medien
- Widerstand gegen das neokolonialistische Facebook-Internet
- Wir sind keine Maschinen - Foxconn
- Das Prinzip Amazon angreifen
- An unsere Feinde – Ideologie „hacken“
- Digitale Selbstverteidigung

„Auf der Konferenz wollen wir nicht nur die Erfassung aller Lebensabläufe samt ihrer ökonomischen Verwertung und den weitgehend undiskutierten Lenkungsmethoden analysieren. Wir wollen unsere Möglichkeiten des Widerstands gegen den technologischen Zugriff auf unsere Autonomie, auf ein würdiges Leben in den Mittelpunkt stellen“ (bigdata, aus der Einführung des Konferenzreaders).

alle Infos unter *bigdata.blackblogs.org*

Lektüretipp „Disconnect – keep the future unwritten!“

Band II der Gruppe *capulco* aus der Reihe „Hefte zur Förderung des Widerstands gegen den digitalen Angriff“.

„Seit Jahren brechen Wellen eines technologischen Angriffs über uns herein – wir verkennen diesen Angriff als vermeintlich neutrale „technologische Entwicklung“ und spielen bereitwillig mit. Es ist Zeit für eine fundiertere Analyse, es ist Zeit für eine Verschwörung gegen die dramatisch wachsende Fremdbestimmung. Diese Broschüre ist unsere erste Sammlung an Diskussionen und Ideen dazu. Unser Ziel ist die Zurückweisung des smarten Griffs nach unserer Sozialität, Kreativität, Autonomie – unserem Leben. Wir suchen nach Wegen der Selbstbehauptung.“

PDF digital verfügbar unter *capulco.blackblogs.org*

Sehr lesenswert auch Band I - „die Anleitung zur Nutzung des Tails-Live-Betriebssystems für sichere Kommunikation, Recherche, Bearbeitung und Veröffentlichung sensibler Dokumente“.

Rezension des Films Projekt A:

Von Widerstand und Selbstorganisation zur Biogurke

Die Fahrt zum Film gestaltete sich komplizierter als gewöhnlich, denn Projekt A läuft nicht in den Allerweltskinos. Nach irgendwelchen hinderlichen Polizeimaßnahmen an einem Durchgangsbahnhof musste ich mich ins dunkle, gut gefüllte Kinosälchen tasten. Der Film hatte gerade begonnen. Was sich darbot, war durchaus erfreulich. Wir sehen einen selbstverwalteten Park in Exarchia, ehemals betonierter Parkplatz, eine Gesundheitsstation für alle und einiges mehr. Wir werden herumgeführt von einer Anarchistin aus der Nachbarschaft, die nebenbei einige Standpunkte erläutert, etwa zum Unsinn der Gewaltdiskussion. Es könnte ein guter Einstieg in einen spannenden Film sein – könnte. Leider hat der Film hier seinen Höhepunkt schon erreicht, kein Wunder finden sich doch in Griechenland die umfassendsten anarchistisch geprägten gesellschaftlichen Realitäten. Danach gibt es etwas Castorprotest in Deutschland, dann vergilbten Syndikalismus in Spanien, um schließlich ebenfalls in Spanien in die Projektszene überzuschwenken. Der Film endet in irgendeiner sich nicht anarchistisch verstehenden Lebensmittelkooperative in München. Zumindest lässt er uns nicht allein mit Schlingpflanzen und den Visionen alternder Männer in der Pyrenäenwildnis zurück. Ein paar Aufnahmen von dem Welttreffen in St. Imier stecken noch irgendwo dazwischen. Es reden alte Männer mit Bärten, wenn auch gar nicht mal dumme Dinge.

Projekt A ist ein gutes Beispiel dafür, dass gut gemeint eben nicht gleich gut gemacht ist. Er versetzt uns Anarchist*innen, als vollkommen marginale Gruppe im deutschsprachigen Raum, in die missliche Lage ihn gutheißen zu müssen, wenn schon überhaupt mal ein Film zu dem Thema in die Kinos gelangt und dann die Macher*innen noch so nett und solidarisch sind. Ich habe mich nach zwei Tagen des Zweifels entschieden einen Verriss zu schreiben.

Es gibt einiges, was ich an der Konzeption des Films nicht nachvollziehen kann. Zum Beispiel warum nicht mit dem Kleinklein begonnen wird und das Ganze zum Ende am Beispiel Griechenlands zu einem umfassenden gesellschaftlichen Konzept geführt wird. Zusätzlich bleibt die Auswahl der einzelnen Episoden vollkommen unklar. Warum etwa der Castor, dieses riesige, ausgeschlachtete Spektakel, und nicht etwa der Hambacher Forst? Warum wurden die Teilbereichskämpfe so ausgewählt? Dabei gibt es schöne Szenen und aufschlussreiche Pointen und Interviews, aber das ganze scheint in seiner Konzeptlosigkeit wie ein Mosaik aus Perlen gesetzt in einem Kuhfladen.

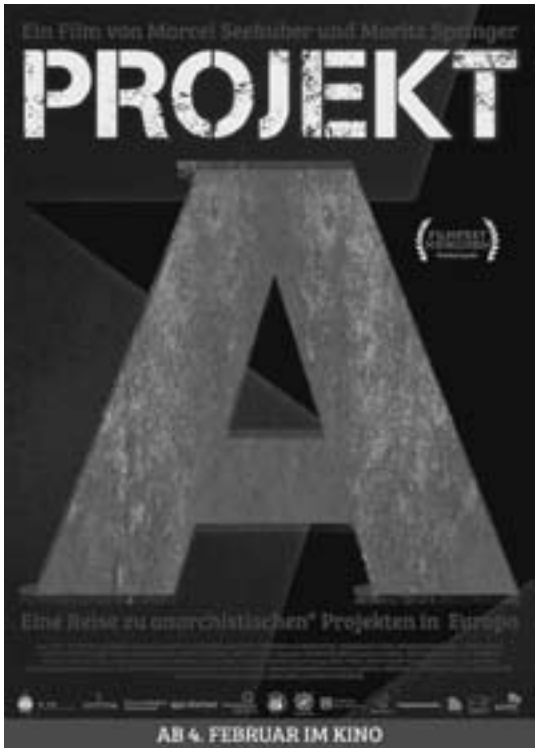
Ab den Episoden in Spanien habe ich begonnen mich fremd zu schämen. Mir wurde heiß im roten Samtsessel. Sollte das die Realität einer Bewegung sein, der meine Freund*innen und ich so viele Kapazitäten ihres Lebens gewidmet haben? Ich überlege seither woher diese Aversion, diese Hässlichkeit stammen mag. Sie liegt zum Glück nicht im Wesen der anarchistischen Bewegungen, sondern ihrer filmischen Darbietung hier, die in allen menschlichen Milieus den gleichen Effekt hätte; den des Reality TV. Wir sehen, dass Anarchist*innen eben auch nur Menschen sind und tun was sie eben tun und das Ganze wirkt schrecklich banal, wenn man es von seinen ideologischen Hintergründen trennt. Zwar reden die Protagonist*innen über gesellschaftliches, aber das Ganze findet sich nicht reflektiert in der Konzeption des Films und Einsprenkelungen anarchistischer Theorien stehen seltsam für sich. Das Ergebnis ist ein gefundenes Fressen für die Kritiker*innen des Anarchismus: Praxisorientierung ohne ideologischen Tiefgang – Hauptsache Aktionismus, ein bisschen Rebellion, ein bisschen Vision, ein bisschen Tausch, Gartenbau und Bitcoins...

Ich weiß, dass man leichter kritisieren kann, aber eine geeignete Umsetzung zumal mit sehr begrenzten finanziellen Mitteln schwer fällt. Ein guter Film wäre aber durchaus möglich gewesen.

Einige Punkte dazu, wie ein toller Film aussehen könnte will ich euch nennen:

A tkejorP: Rückwärtsabspielen
Man käme den Zuschauern sehr entgegen und könnte für unsere Bewegung begeistern, wenn es gelänge einen Spannungsbogen zu konstruieren. Blieben wir bei dem vorhandenen Material von Projekt A würde man die Interessierte vielleicht zunächst mit etwas konfrontieren, womit sie sich identifizieren kann, was nicht so fern scheint – etwa eine Lebensmittelkooperative. Das ließe sich dann räumlich und thematisch erweitern, um es dann am Ende etwa am Beispiel Griechenlands zu einer anarchistischen Gesellschaftsvision zusammenzufügen.

Theorie und Praxis
Die anarchistische Bewegung ist nicht homogen. Das will der Film zeigen, allerdings auf einer Ebene des Handlungsraums. Die einen ketten sich an Gleise und die anderen gründen Ökodörfer. Dabei entsteht das Bild des theoriefernen Anarchismus. Tatsächlich bestehen aber verschiedene Strömungen mit inhaltlichem Tiefgang und einer lebendigen Debatte. Es wäre schön diese Debatten kurzweilig und zugespitzt nachzuzeichnen und dann auf



praktische Beispiele herunterzubrechen. Dafür gelegentlich illustrierende Animationen einzubauen, ist in Zeiten von AfterEffects, SVG- und Javascript-Animationen kein Fass ohne Boden. Immerhin ist ein wesentliches Merkmal des Anarchismus im besten Fallseine Einheit von Theorie und Praxis.

Episoden so auswählen, dass ein Gesamtbild entsteht
Es scheint, als bekämen wir dargeboten, was den Filmemacher*innen in den verschiedenen Regionen Europas vor die Linse gelaufen ist, bzw. wohin es vielleicht Kontakte gab. Dabei habe ich gesehen, was die Crew mir zeigen kann, aber mir fehlte zu sehen, was sie mir eigentlich zeigen will. Es wäre schön, wenn einem Film ein Konzept voran ginge, dass die Analyse der Macher*innen widerspiegelt, und danach gezielt Themenbereiche und Orte ausgewählt würden. Und ja – das Bild darf und sollte auch mal kontrovers sein.

Mehr eigene Bildsprache und Atmosphäre, weniger FWU
Das FWU ist diese seltsame Medienanstalt der Länder, der wir die Schulunterrichtszeiten verdanken, in denen das Licht so angenehm gedimmt wurde und man die Augen schließen und im Stuhl zurück lehnen konnte. Ich will Projekt A nicht in die Nähe ihrer Dokumentarfilme rücken. Allerdings, und das wäre das I-Tüpfelchen eines richtig guten Films, könnte man das zwanglose und unkonventionelle auch in die Bildsprache einfließen lassen. Hier und da mit Konventionen des Dokumentargenres brechen, die Zuschauer*in herausfordern ohne ihr auf den Geist zu gehen.

Stellung beziehen
Wir leben in einer Zeit des unbeteiligt Seins. Das Ganze folgt der Formel bürgerlich-liberales Selbstverständnis hoch Silicon Valley. Das große Projekt besteht in der Digitalisierung des Realen auf Kosten der eigenen Existenz, bzw. die Existenz zersplittert sich und transzendiert in den virtuellen Raum. 300 demonstrieren auf der Straße, 1500 dokumentieren möglichst spektakulär im Internet, was sie gerade erleben und 5000 kommentieren bei Twitter. Die 6500 sind total aufgeklärt, abgebrüht und dokumentieren aus einer Neutralität heraus, als ob sie nicht existieren müssten. Vor dieser Kulisse finde ich es angenehm anachronistisch, aber nicht altmodisch, wenn Filmemacher*innen einen Standpunkt beziehen ohne das Kontroverse aus den Dingen zu nehmen. Da fällt mir spontan die Doku Concerning Violence (2014) ein.

Ob der Film Horst Stowasser, dem er im Abspann gewidmet ist, wohl gefallen hätte?

von: Zottel aus Gaidao #63

Raus aus Oldenburg

Den Sommer noch nicht verplant? Eine Übersicht über Proteste, Camps, Baustellen, ...

Juli

15.07 - 07.08.15
AjZ FlaFla baut! – Sommerbaustelle
Herford, NRW

Vom 15.Juli bis zum 7.August 2016 möchten wir alle Kräfte bündeln, und den Hausumbau während einer großen Sommerbaustelle wesentlich vorantreiben! Beteiligt euch, macht euch einige Tage im besagten Zeitraum frei und kommt nach Herford.

flaflabaut.blogsport.eu

25. – 31.07.
„War starts here“ – Camp
GÜZ Potzehne, Altmark

Bei diesem (inzwischen fünften!) Camp wollen wir unser Augenmerk auf die Ursachen und Folgen der kriegerischen Verhältnisse richten und ein wenig über unseren Tellerrand hinausschauen. Wir hoffen auf viele Menschen, denen das Thema Flucht und Migration ein Anliegen ist, die mit uns darüber diskutieren und auch praktisch eingreifen wollen.

www.war-starts-here.camp

27.07. – 03.08.
Rebellisches Zusammentreffen
Meuchefitz, Wendland

Vor 20 Jahren, 1996, haben die Zapatistas zum »Ersten Intergalaktischen Treffen für die Menschheit & gegen den Neoliberalismus« eingeladen. zum 20sten Geburtstag möchten wir gerne mit euch über inhaltliche Zusammenhänge reden: Wie hängt die Vertreibung von Indigenas mit Steueroasen zusammen? Was hat die Abwertung von Trans*-Personen mit der massenhaften Abschiebung von Geflüchteten und Vertriebenen zu tun? Wie hängen städtische Freiraumkämpfe und der Aufbau von Alternativen in Landkommunen zusammen? Wo ist die Verbindung zwischen Bankenkrisen und Landgrabbing? Wo und wie können Militanz und Pazifismus zusammen gedacht werden? Diesen Fragen wollen wir uns stellen, um die Vielfalt unserer Kämpfe sichtbar zu machen.

rebellisches.noblogs.org

29. - 31.07.
Wagenplatzfest
hier in Oldenburg aufm Wagenplatz

Flexrennen, geile Bands, Party

29.07.-04.08.
Aktionscamp gegen Tierfabriken
Balge, NDS

Auf dem Camp wird es verschiedene Workshops, Vorträge, Musik, Kunst, Raum für Vernetzung und Aktionen geben. Der Bauplatz und die Schlachtfabrik mit allen beteiligten Firmen bieten einen breiten Spielraum für vielfältige und direkte Aktionen.

http://kampagne-gegen-tierfabriken.info/aktionscamp/

29.07. – 05.08.
Wer lebt mit wem? Warum? Und Wie?
Waltershausen, Thüringen

Das selbstorganisierte und selbstzuorganisierende queer*feministische Sommercampfüralle,diemitundohneKind*erleben. Wir möchten gemeinsam mit Euch [...] das gute Leben ausprobieren und einen Ort für Austausch, Veränderung und gegenseitige Unterstützung aus einer herrschaftskritischen und Anti-Diskriminierungsperspektive schaffen.

wer-lebt-mit-wem.de

August

04. – 07.08.
Solidarity4all! Protestcamp
Bamberg

Mit vielfältigen Protestaktionen und vor allem unserer Präsenz vor Ort und praktischer Solidarität mit den Betroffenen im Lager Bamberg wollen wir die Isolation brechen und ein antirassistisches Statement gegen Abschiebungen setzen!

protestcamp-bamberg.antira.info

04. – 11.08.
Herrschaftskritisches Sommercamp
bei Berlin

Acht Tage lang werden wir diskutieren, baden, entspannt rumhängen und die heiße Augustsonne genießen. In zahlreichen Workshops wollen wir die gesellschaftlichen Verhältnisse analysieren und herausfinden, welche Rolle herrschaftlicher Kackmist darin spielt.

naturfreundejugend-berlin.de/Sommercamp

07. – 18.08.

Antifaschistisches feministisches Bau- und Begegnungscamp

Gelände des ehemaligen KZ Uckermark

Auf dem Camp wollen wir Überlebende treffen und gemeinsam auf dem Gelände arbeiten, um damit zur Gestaltung eines würdigen Gedenkorts beizutragen. Wir wollen über Erinnerungspolitik diskutieren und es sind Workshops zu den Themen geplant. Das Camp ist selbstorganisiert. Was wir genau wie und wann machen, entscheiden wir gemeinsam vor Ort.

http://www.gedenkort-kz-uckermark.de/info/baucamps.htm

08. – 14.08.

Ackern für die Zukunft – Lokale Landwirtschaft und globale Ernährungssouveränität

Sehlis, Sachsen

Im Zentrum der Woche steht die Frage, wie eine soziale und ökologische Landwirtschaft aussehen kann, die den daran beteiligten ein gutes Leben ermöglicht. Wo können wir selbst aktiv werden und uns für eine Ernährungswende stark machen? Es gibt neben allem Input und Austausch aber auch Zeit zum Ausspannen, Spielen und den Sommer genießen an einem schönen Ort im Grünen.

http://www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/seminar-ackern-fuer-die-zukunft/

11. – 18.08.

Antinationales Sommercamp

bei Hannover

Dieses Jahr gibt es wieder ein Antinationales Sommercamp mit Sonne und Theorie, Sommer und Diskussion, Baden und Argumenten. Täglich werden dort zweimal zu entspannten Uhrzeiten mehrere parallele Workshops angeboten, die, wie „im echten Leben", in Konkurrenz stehen zu schwimmen, schlafen, Spaziergängen, kickern und Lagerfeuerromantik (letzteres sehr umstritten).

gegen-kapital-und-nation.org/event/antinationales-sommercamp-im-norden/

12. – 21.8.

Anarchistisches Sommercamp

Nordösterreich

Das anarchistische Camp 2016 in Österreich hat zum Ziel, Menschen strömungs-, projekt- und grenzübergreifend zusammenzubringen und die Kooperation innerhalb der linken und anarchistischen Bewegung zu stärken.

https://www.acamp2016.org

19. – 21.08.

Anti-Fracking-Camp

Volmerange-lès-Boulay, Frankreich

Hydrocarbons from shale and cold-bed methane, we still say NO !Not in France, not anywhere else, not now, not ever! Join us for three days of action, debates about fossil fuels, their world and their alternatives, along with workshops and concerts.

camplorraine2016.webnode.fr

19. – 29.08.

Klimacamp im Rheinland

Rheinland

(Klima)Camps sind das Herz der Klimabewegung. Hier gibt es Workshops, Aktionstrainings, Debatten, Windrad-Baukurse, Musik. Hier atmen wir den süßen Duft der Veränderung und spüren, dass wir uns ermächtigen können, eine sozial gerechte und ökologische Gesellschaft aufzubauen.

www.klimacamp-im-rheinland.de/

24. – 28.08.

Alternatives Jugendcamp (Ajuca)

Lärz, Mecklenburg-Vorpommern

Du hast Lust auf Sonne, Sommer und ein Camp mit Jugendlichen? Lust auf Respekt und Freiheit ohne Rassismus, auf selbst organisierte Aktionen, Workshops, Filme, gutes veganes Essen, Konzerte und Tanzen? Du willst etwas gegen die Nazis in deiner Region tun, dich über interessante Projekte informieren oder mit Straßenkunst experimentieren? Wir schaffen einen Freiraum, um über die Möglichkeiten zu sprechen, wie wir unsere Gesellschaft in unserem Sinne verändern können.

ajuca.de

September

01. – 04.09.

Action, Mond und Sterne

St. Georgen, Baden-Württemberg

Verstehen, kritisieren, etwas neues schaffen. Für all das steht das Action, Mond & Sterne Camp (kurz: AMS) in St. Georgen im Südschwarzwald. Hier wird für vier Tage ein Freiraum in Form eines linken und selbstverwalteten Camps geschaffen.

actionmondundsterne.blogsport.de

02.09. - 03.09.

Blockupy Arbeitsministerium

Berlin

Die Akteure und Profiteure von Spaltung, Abschattung und Austerität markieren! Wir wissen, diese Austeritäts-, Macht- und Angstpolitik hat ein Zentrum. Es liegt nicht weit weg, irgendwo in Brüssel, nein es liegt zentral in Berlin. Und es wird nur zu besiegen sein, wenn es auch hier, im Herzen des Krisenregimes, wahrnehmbaren Protest, Aufschrei und Widerstand gibt.

www.blockupy.org

02. - 04.09.

Antifa Workcamp 2016

bei Bielefeld

Ein gruseliger Rechtsruck durchzieht Deutschland in dieser Zeit, [...] und der deutsche Staat die Gunst der Stunde nutzt, um Polizei und Geheimdienste aufzurüsten oder die Bundeswehr ins Feld zu schicken. Da ist es Zeit für uns, ein Wochenende lang über die Situation zu diskutieren, Strategien zu entwickeln, [...] in Workshops aus der Geschichte zu lernen und praktische Übungen durchzuführen.

03.09.

Anarchistisches Sommerfest

Schwarzenbek, Schleswig-Holstein

Für ein Leben in Liebe, Freiheit und Anarchie! Bei dem anarchistischen Sommerfest in Schwarzenbek werdet ihr neben leckerem (veganem) Essen gegen Spende und kühlen Getränken die Gelegenheit haben schönster musikalischer Kunst zu lauschen. Lasst eure Füße in dem kleinen Gewässern im Stadtpark treiben, deckt euch mit Büchern, Schriften und Zeitungen für Herz und Verstand ein, genießt die Spätsommersonne und beobachtet die (hoffentlich wenigen) Wolken am Himmel. ab 13 Uhr!

agsbk.blogsport.de

15. -18.09.

Tierbefreiungskongress

Burg Lohra, Thüringen

Vier Tage lang laden wir die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung ein, gemeinsam zu diskutieren, organisieren und reflektieren. Ausreichend Zeit zum Vernetzen und Kennenlernen soll dabei natürlich genau so wenig zu kurz kommen wie die Möglichkeit, sich in neuen Aktionsformen auszuprobieren und zu üben.

www.tierbefreiungskongress.net

30.09. - 2.10.

Konferenz: Leben ist kein Algorithmus – solidarische Perspektiven gegen den technologischen Angriff

Köln

BND, NSA, Snowden, Facebook,und Co. Perspektiven gegen den technologischen Zugriff.

bigdata.blackblogs.org

An die Arbeit - 2.September

Blockieren wir das Arbeitsministerium – Markieren wir ihre Verarmungs- und Ausgrenzungspolitik–gegen die Mauern im Innern und die Grenzen nach Außen

Zu lange waren wir nicht mehr gemeinsam auf der Straße sichtbar. Dabei findet unsere praktische Solidarität tagtäglich statt: Wir sind Teil von Willkommensinitiativen, wir organisieren Unterstützung und Aktionen an den Grenzzäunen Europas. Wir bekämpfen Freihandel, Krieg und Klimawandel, die täglich Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat zwingen. Wir wehren uns dagegen, dass unsere Städte immer teurer werden. Wir organisieren uns gegen Niedriglöhne, die Drangsalierung durch die Jobcenter und die alle umfassende Unsicherheit im Leben und der Arbeit.

Unermüdlich schreiten wir ein gegen Nazis, AfD und die Aufmärsche vermeintlich besorgter Bürger*innen, widersetzen uns dem gesellschaftlichen Rechtsruck in Politik, Medien, auf der Straße. Das zeigt: Es gibt es, das Lager der Solidarität – überall in Europa. Und es gibt die Momente, die uns beleben, wenn wir uns gegen den autoritären Kurs der EU und der nationalen Regierungen wehren – Paris lässt grüßen!

Gemeinsam mit unseren europäischen Freund*innen kämpfen wir grenzübergreifend weiter gegen das europäische Krisenregime, ein Regime, das überall in Europa so viel Armut und Verwerfung, Unsicherheit und Angst produziert. Es ist ein Europa unter der Diktatur der schwarzen Null und der Doktrin der Abschottung gegen den Rest der Welt. Es ist ein Europa des sozialen Zerfalls und der organisierten Hoffnungslosigkeit, ein Europa, in dem der Aufstieg rechtspopulistischer wie faschistischer Parteien auch das Resultat ist von Konkurrenz und Spaltung, von vermeintlicher Alternativlosigkeit und dem Recht des Stärkeren. Die Zeit läuft auch hier: Die AfD ist zum organisatorischen Rückgrat des „rechten Blocks“ geworden, ein Block, der längst kein Randphänomen mehr ist, der sich formiert und weit in Politik und Gesellschaft reicht. Die AfD nutzt das gebrochene Glücks- und Freiheitsversprechen des Neoliberalismus, um unter dem nationalen Deckmantel die Privilegien einer kleinen, weißen, männlichen Schicht zu verteidigen. Die über Jahre autoritär durchgesetzte

Basta-Politik von Verarmung und Prekarisierung ist der Nährboden dieses rechten Blocks. Kampf gegen rechts heißt deswegen immer auch, konsequent solidarisch zu sein und die Grenzen zwischen arm und reich, zwischen oben und unten, zwischen innen und außen zu überwinden. Die Kämpfe für soziale Gerechtigkeit und die Kämpfe gegen Rassismus gehören zusammen.

„Ein gemeinsamer Ort des Protests ist das Arbeitsministerium“

Wir glauben es ist dringend an der Zeit, das Lager der Solidarität im Zentrum des europäischen Kapitalismus sichtbar werden zu lassen und hier gemeinsam die vermeintliche Alternativlosigkeit der neoliberalen Mitte anzugreifen – bevor nationale „Lösungen“ in Gesetzen, in Parlamenten und auf der Straße überhand nehmen. Die Spaltungen laufen in Europa zwischen der Peripherie und dem Zentrum, zwischen oben und unten – und sie verlaufen längst auch im Herzen des Krisen- und Grenzregimes. Wir wollen diese Grenzen gemeinsam mit Vielen symbolisch und praktisch angehen, markieren und einreißen. Ein gemeinsamer Ort des Protests dafür ist das Arbeitsministerium. Denn der Versuch uns zu spalten war stets auch ein sozial- und arbeitsmarktpolitisches Projekt. Und die Architekten der europäischen Politik der Spaltung saßen und sitzen nicht zuletzt an einer Stelle, in den Ministerien für Arbeit und Soziales der Hauptstädte des globalen Nordens – und damit zentral auch in Berlin.

Die soziale Verwüstung Südeuropas hat ihren Vorläufer in der Agenda 2010 und der systematischen Unterschichtung des Arbeitsmarktes hier. Fehlende Erwerbsarbeitsplätze, zurückgehende Reallöhne, der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, die Aussicht auf Armutsrenten, Jugendarbeitslosigkeit, unsichere Arbeitsverhältnisse – all das betrifft uns alle auf die eine oder andere Weise. Wir sind schon lange wütend auf eine Politik, die bei allem Gerede von Effizienz und Flexibilität nur eins zum Ziel hat: eine bestimmte sparsame, fleißige, gehorsame, brutale Lebensweise um jeden Preis durchzusetzen. Mit der technokratischen Rede von den Sachzwängen werden jetzt nach der Agenda 2010 hier auch die „Arbeitsmarktreformen“ in Frankreich und Südeuropa gegen den Widerstand der Menschen durchgesetzt. Diese Politik zielt auf die Errichtung von Spaltungen und Grenzen im Inneren, auf die systematische Entrechtungen und den Ausschluss von so Vielen.

In den kommenden Wochen sollen die Gesetze für Hartz-IV Betroffene nochmal verschärft werden. Heizkosten sollen beschnitten, Freibeträge eingeschränkt werden. Die soziale Disziplinierung zeigt bei der Umsetzung von Hartz-IV ihre brutale Fratze. Wieder werden Hartz-IV Betroffene als Menschen diffamiert, die nicht genug dafür tun ihre „Hilfebedürftigkeit“ zu beenden. Und die „sozialdemokratische“ Arbeitsministerin Nahles legt gleich noch einmal nach: Sozialleistungen für europäische Binnenmigrant*innen soll es bald erst nach fünf Jahren Erwerbsarbeit in Deutschland geben. Das heißt: Wer es schafft, nimmt jede Arbeit an und ist jeder Erpressung hilflos ausgeliefert. Die Konkurrenz und der Verteilungskampf im Niedriglohnsektor werden so rassistisch aufgeladen – und gerade die Menschen, die in ihren Ländern nicht zuletzt wegen der deutschen Austeritätspolitik keine Perspektive mehr haben, werden erneut ins Aus gestellt.

„Treffen wir uns im Anschluss an den Orten an denen die inneren und äußeren Grenzen verlaufen und reißen wir sie gemeinsam ein.“

Wir finden: es reicht. Es reicht mit immer neuen Politiken des Ausschlusses, der Ausgrenzung, der Verarmung und der Konkurrenz. Lasst uns die politische Konfrontation suchen – für grenzübergreifende soziale Rechte eintreten, das Lager der Solidarität sichtbar machen und sowohl dem rechten Block, wie der technokratischen Mitte eine Absage erteilen. Nehmen wir die Einladung des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“ zu einem bundesweiten Aktionswochenende gegen Rechts an. Lasst uns gemeinsam am Morgen des 2. Septembers ein deutliches Zeichen am Arbeitsministerium in Berlin setzen. Treffen wir uns im Anschluss an den Orten an denen die inneren und äußeren Grenzen verlaufen und reißen wir sie gemeinsam ein. Egal wo wir herkommen, egal wie lange wir in dieser Stadt und an diesem Fleck Erde leben: Widersetzen wir uns gemeinsam in Berlin. Am 3. September wollen wir dann ein starkes Zeichen setzen – gegen die Grenzen, gegen die rechte Hetze und gegen die sozialen Bedingungen, die diese in ganz Europa hoffähig macht.

Das könnte ein Ausgangspunkt werden für eine andere Zeitrechnung, für ein kämpferisches Jahr mindestens bis zum Herbst 2017. Lasst uns mit einem europaweiten Gipfel im Frühjahr in Berlin und eine Kampagne gegen das G20-Treffen im Sommer in Hamburg die bundesdeutsche Politik zu der grenzübergreifenden Angelegenheit machen, die sie längst ist. Lasst uns einen gesellschaftlichen Aufbruch gegen Rassismus, Nationalismus und soziale Kälte und für ein Europa für alle wagen.

www.blockupy.org

Termine

juli

Fr.	22.7.	22:00	Punk-A-Platz - In love with the 80ies
Fr.	29.7.	22:00	Metal-Party-Punk-A-Platz
Sa.	30.7.	23:00	Rosa Disco

august

Fr.	5.8.	22:00	Mash Up Di Place
Do.	25.8.	21:00	Fat Hoschi Concerts: Kaliyuga + Teethgrinder
Fr.	26.8.	21:00	Konzert: ALARMSIGNAL (Punkrock aus Celle) + SCHÖNE SCHEISSE (Punkrock aus Celle) + LIESELOTTE (Die Oldenburger Schleimkeim der dritten Stunde)
Sa.	27.8.	23:00	Rosa Disco

september

Fr.	2.9.	22:00	Mash Up Di Place
Sa.	3.9.	21:00	LesBiSchwule Mottoparty
Fr.	9.9.	21:00	Soli-HipHop
Fr.	16.9.	22:00	Die Disco - Musik der Alhambra-Freitags-Disco aus den ersten Jahren
Sa.	17.9.	22:00	Mäfa (nur für Männer)
So.	18.9.	21:00	Crush Hour Konzert
Fr.	23.9.	21:00	Unterste Schublade Konzert
Sa.	24.9.	23:00	Rosa Disco mehr

wöchentlich

Mi.	18:30	Awareness Treffen
Mi.	20:00	Jonglage / Akrobatik
Do.	18:30	Rhythm of Resistance Oldenburg
Do.	19:00	Kurdistan Solidaritätskomitee
Do.	20:30	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

monatlich

1. Mo.	20:00	Offenes Vernetzungstreffen zur aktuellen Politik
3. Mo.	20:00	Offener antifaschistischer Treff
1. Mi.	20:00	FrauenLesbenInter*Trans*-Kneipe
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
1. Do.	18:30	Stop Deportation - Gruppe
2. Fr.	20:30	Alhambra-Nutzer_innenplenum

infoladen
"roter strumpf"

Öffnungszeiten
jeden Donnerstag 18:00 - 21:00

aktuelle Termine auch auf www.alhambra.de